

Dokument
kittel

26.8.1987

ZS 1734

Kittel, Ulrich

V o r b e m e r k u n g :

Ulrich Kittel war lt. persönlicher Mitteilung von dritter Seite als Referent in der Hauptabteilung V (= Auswertung), Abt. Vb (= Inland) tätig. Leiter Vb war der am 19.7.1944 hingerichtete Oberregierungsrat Wolf Hartmut Flaas (vgl. ED 106, Bd. 55).

Kittel war angebl. auch Verfasser eines "...Protokoll(s), das von den Amerikanern aufgenommen wurde, dessen Inhalt nicht immer der Wahrheit entspricht, offensichtlich, weil er versuchte, sich nicht selber zu belasten".

Aug. 1987

Rö.

38-17-3472-2

Institut f. Zeitgeschichte München ARCHIV
351/54

2. Exemplar
Vertraulich

Reichsluftfahrtministerium

Forschungsamt

Geschichte und Arbeitsweise
eines Nachrichtenamtes

von
Ulrich Kittel

im Auftrage des Deutschen Instituts für Geschichte der
nationalsozialistischen Zeit

Fototypierung:

Seite 32 ausgelassen / Kontroll. f.

Verfasser war von 1934 bis zum Ende des Krieges, also rund 11 Jahre als Referent im Forschungsamt tätig gewesen. Als langjähriger Leiter des Leitreferats in einer der auswertenden Abteilungen hatte er einen verhältnismässig grossen Überblick über die Arbeitsweise der technischen Nachrichtenabteilungen im Amt, so dass er die sachlichen Voraussetzungen für eine geschichtliche und arbeitstechnische Abhandlung über das Forschungsamt weitgehend mitbrachte. Zur Vermeidung aller dennoch möglich werdenden Fehler hat sich der Verfasser mit den früheren führenden Persönlichkeiten der einzelnen Arbeitsgebiete in Verbindung gesetzt und von ihnen großzügigste Unterstützung bekommen. Der Wahrheitsgehalt der in objektiver Form gehaltenen Arbeit dürfte somit voll und ganz gewahrt sein.

Institut für

Archiv

Übersicht

Geschichtlicher Überblick	Seite 1
Aufgaben des Forschungsamtes	" 12
Verwaltung und Personal	" 16
Geheimhaltungsbestimmungen	" 19
Auftragwesen	" 21
Zusammenarbeit mit der Post	" 23
Ansatz	" 26
Sichtung	" 29
Erfassungsstellen	
Forschungsstellen A	" 30
Forschungsstellen B	" 34
Forschungsstelle C	" 37
Forschungsstellen D1 und D2	" 39
Forschungsstellen F	" 40
Entzifferung	" 41
Auswertung	
Grundsätzliches zur Auswertung	" 45
Ausserpolitische Auswertung	" 47
Wirtschaftspolitische Auswertung	" 53
Innerpolitische Auswertung	" 56
Archive und Auskunftsmittel	" 59
Entstehung der Braunen Blätter	" 62
Nachrichtenschule	" 65
Technische Entwicklungsarbeiten	" 67
Spezialaufträge	" 71
Zusammenarbeit mit den Abnehmern des FA-Materials	" 73
Einstellung der Alliierten zum Forschungsamt	" 82
Organisationsplan	" 83

Geschichtlicher Überblick

Die Erkenntnis von der Notwendigkeit eines organisierten Nachrichtendienstes hat sich in keiner Großmacht der Erde so spät durchzusetzen vermocht wie in Deutschland. Teils mag dies historisch bedingt sein - es fehlte die staatlich-politische Tradition - teils mag die innere Ablehnung jeder nachrichtenbeschaffenden Tätigkeit durch den Deutschen, weil eben die entsprechende Erziehung fehlte, maßgeblich sein. Während im klassischen Land des Nachrichtendienstes, in Großbritannien, die Betätigung im Intelligence-Service eine gewisse Auszeichnung darstellt - der Betreffende wird für würdig befunden, auf Grund seiner geistigen und patriotischen Qualität unter Einsatz seiner ganzen Person in dieser Form für sein Vaterland arbeiten zu dürfen - galt und gilt bis auf den heutigen Tag in weiten Kreisen Deutschlands die nachrichtendienstliche Tätigkeit als ein etwas anrüchiges, wenn nicht sogar unehrenhaftes Geschäft. Wohl gab es schon früher, z.B. im alten Preußen unter Friedrich II. eine Art von Nachrichtendienst, aber der war eng gebunden an die im Ausland tätigen Diplomaten, die sich mit Hilfe gekaufter Subjekte politisches und militärisches Nachrichtenmaterial zu verschaffen suchten. Nachdem auch die drei Einigungskriege des 19. Jahrhunderts auf diesem Gebiete nur unwesentliche Fortschritte gebracht hatten, wurde erstmalig unter Oberst Nicolai vor dem 1. Weltkrieg ein organisiertes Nachrichtenwesen geschaffen und während des Krieges ausgebaut, dem eine grössere Anzahl geistig qualifizierter Offiziere zur Verfügung standen. Durch die Hinrichtung jenes jungen deutschen Nachrichtenoffiziers, des Leutnants Lody, im Tower in London und die Nachrufe von Seiten der deutschen militärischen Führung bekam die Öffentlichkeit erstmalig Kenntnis von den neuen Wesenszügen des deutschen militärischen Nachrichtendienstes.

Aber nicht nur auf dem Gebiete des Agentenwesens wurden neue Wege beschritten. Der Funk mit seinen vielseitigen Verwendungsmöglichkeiten auf diplomatischem und militärischem Gebiet

schaffte nämlich Voraussetzungen nachrichtendienstlicher Art, wie sie bisher kaum erahnt werden konnten, und deren Ausnutzung von unschätzbarem Wert sein mussten. Auf Grund dieser Erkenntnisse richtete man im Grossen Hauptquartier unter der Deckbezeichnung "Geheimwissenschaftliche Abteilung" eine technische Nachrichtenzentrale ein, deren Aufgabe in der Erfassung, Entzifferung und Auswertung militärischer, politischer und wirtschaftlicher Nachrichten aus Funk und Draht bestand. Nachdem der Ausgang des Krieges alle weiteren Entwicklungspläne auf diesem Gebiet zum Scheitern gebracht hatte, schuf im Jahre 1921 das Reichswehrministerium unter der Verantwortlichkeit des damaligen Ministers Noske innerhalb der Abwehr die Chiffrier- und Borchleitstelle, deren Aufgabengebiet - wenn auch unter Hinzunahme der Fernsprecherfassung - im grossen und ganzen das gleiche geblieben war wie während der Kriegszeit, die aber fehlender Mittel wegen nicht weiter ausgebaut werden konnten.

Die Häufung nicht militärischer Nachrichten, die in anderen Ressorts ausserordentlich gewinnbringend hätten verwertet werden können, vom Reichswehrministerium aber nur unregelmässig weitergeleitet wurden, und die sich daraus ergebende Notwendigkeit weitere Nachrichtendienste politischer und wirtschaftlicher Art aufzubauen, liessen die Schaffung eines zentralen Nachrichtenamtes immer dringlicher erscheinen. Der erste genau ausgearbeitete Vorschlag hierfür, der 1932 aus dem Kreis der Offiziere der Borchleit- und Chiffrierstelle selbst kam, wurde zwar gebilligt, aus Gründen der Ressortschwierigkeiten aber nicht verwirklicht. Erst, als nach Übernahme der Staatsgeschäfte durch den Nationalsozialismus eine gewisse politische Festigung zu erwarten war und gleichzeitig das Eindringen der Partei in alle öffentlichen und politischen Gebiete die Gefahr mit sich brachte, dass auch der gesamte Nachrichtendienst von der NSDAP monopolisiert und zu einem rein parteipolitischen Instrument gestempelt werden könnte, wurde von der gleichen Seite im Einvernehmen mit den zuständigen Stellen des Reichswehrministeriums bei höchsten Regierungstellen ein abermaliger Vorstoß gemacht.

Der neu überholte Plan sah vor, ein zentrales Reichsnachrichtensamt zu schaffen, das unmittelbar der höchsten Reichsspitze unterstand, völlig ressort- und parteiungebunden war, und in dem alle vorhandenen technischen Nachrichtendienste staatlicher, wirtschaftlicher und politischer Art zusammengefasst werden sollten. Darüberhinaus war eine eigene Verwaltung unter direkter Aufsicht eines Sonderbeauftragten der obersten Rechnungsbehörde vorgesehen sowie klar die Ablehnung jeglicher aktiven Nachrichtenbeschaffung - etwa durch Agenten etc. - und jeder Exekutive zum Ausdruck gebracht worden. Hitler erkannte zwar grundsätzlich die Notwendigkeit dieses Vorschlages an, lehnte es jedoch ab, das neu zu schaffende Amt der Reichskanzlei einzugliedern. Er beauftragte Göring in seiner Eigenschaft als Preussischen Ministerpräsidenten mit der Durchführung des Planes und dem Aufbau des Amtes, da unter dessen Leitung die größte Möglichkeit der Ressortungebundenheit bestand. Allerdings konnte zunächst der Name "Reichsnachrichtensamt" nicht mehr Verwendung finden; er wurde ersetzt durch die Tarnbezeichnung "Reichsluftfahrtministerium" - Forschungsamt. Zum Aufsichtsführenden und als seinen Vertreter bestimmte Göring den Staatssekretär Körner. Eine Verbindung zum RHM bestand also in keiner Form weder personell noch sachlich. Die Forderung nach Zusammenfassung aller Nachrichtendienste scheiterte leider ebenfalls teils an den Schwierigkeiten, die von den beteiligten Stellen gemacht wurden, teils an Hitler selbst, der einen entsprechenden Befehl nicht den nötigen Nachdruck verlieh. Offenbar war es ihm nicht unangenehm, mehrgleisig mit Nachrichtensmaterial versorgt zu werden. So arbeiteten das Forschungsamt, die Abwehr, die Geheime Staatspolizei, das Auswärtige Amt, das Aussehenpolitische Amt Rosenbergs, die Auslandsorganisation der NSDAP, um nur einige der politischen Nachrichteneinstellen zu nennen, mit eigenen Nachrichtendiensten weiter, leider nicht immer zum Vorteil des Staates. Lediglich auf dem Gebiet der Fernsprecherfassung von staatspolitisch wichtigen Nachrichten bekam das Forschungsamt als einzige Behörde im Reich das Monopol zugesprochen. Wie es

in der Praxis allerdings damit aussah, wird später noch aufzuzeigen sein.

Nachdem der Preussische Ministerpräsident im Einverständnis mit dem Reichswehrministerium den in der Morchleit- und Chiffrierstelle tätigen Korvettenkapitän Schimpf zum Leiter des neuen Forschungsamtes und als erste Mitarbeiter dessen Kameraden Schapper, Schröder und Böttger bestimmt hatte - die gleichen, von denen der Vorschlag zur Gründung eines Reichsnachrichtensamtes stammte - wurde das Forschungsamt am 10. April 1933 gegründet. Untergebracht war es zunächst im Dachgeschoß des damaligen Reichskonsularats für die Luftfahrt, dem späteren Reichsluftfahrtministerium, in der Behrenstraße, bis es nach einigen Monaten in einem gegenüberliegenden Haus ein eigenes Heim bekam. Nach Durchführung der ersten Organisationsarbeiten für die Erfassung von Funk, Rundfunk, Fernspreck- und Drahtnachrichten sowie für eine Entzifferung wurde mit der praktischen Arbeit begonnen.^{*)}

Die ersten "Braunen Blätter", die ihrer Farbe wegen sogenannten FA-Meldungen, liefen bei den Abnehmern ein und wurden dort bald täglich von neuem mit Interesse erwartet. Aufträge wurden gestellt und wurden zur Zufriedenheit gelöst, der Arbeitsanfall stieg und mit ihm die Personaleinstellung, so dass die Räumlichkeiten der Behrenstraße bald zu klein waren und an einen ebermaligen Umzug gedacht werden musste. Nachdem zunächst die Überseefunkstelle Beslitz der deutschen Reichspost vom Forschungsamt als erste Funkstelle (Forschungsstelle B) in Betrieb genommen worden war, wurde auch hier bald ein Ortswechsel vorgenommen, weil sie sich als wenig zweckmäßig erwies; es entstanden Ende 1933/Anfang 1934 die Funkstellen Templin und Glienicke. Auch auf dem Gebiet der Fernsprecherfassung erwies es sich als notwendig, neue Stellen einzurichten, um an den Kreuzungspunkten der Fern- und Durchgangsleitungen die Erfassung der wichtigen Nachrichten aus dem Gesprächsverkehr zwischen In- und Ausland - und zwar besonders wirtschaftliche, politische und vor allem diplomatische - durchführen zu können. So wurden 1934 die

^{*)} Legalisiert war neben der selbstverständlichen Funkbeobachtung auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung auch die Fernsprecherfassung, mit dem Reichspräsident von Hindenburg bereits vor Jahresfrist einzelne Grundrechte ausser Kraft gesetzt hatte, darunter das im Artikel 117 verbürgte Brief-, Post-, Telegraf- u. Fernspreckgeheimnis.

Forschungstellen A: Köln, Königsberg, Nürnberg, Hamburg und
1 Jahr später München in Betrieb genommen.

Nach großzügigem Umbau eines Gebäudekomplexes in der
Schillerstraße in Berlin-Charlottenburg fand im Frühjahr 1935
der langerwartete Umzug statt. Mit der Wahl dieses Hauses hatte
die Amtsleitung einen guten Griff getan. Die Lage war denkbar
ruhig, und da der Komplex - zumindest bis zur späteren Vergrö-
ßerung - nicht einmal an der Straßenfront, sondern etwas ab-
seits lag, fiel es einem Uneingeweihten kaum auf, dass dort
Hunderte von Menschen mit delikatesten Arbeiten beschäftigt
waren. Die Inneneinrichtung des Hauses war ganz auf Schnellig-
keit und Einfachheit des gesamten Arbeitssystems sowie auf
Sicherheit gegen Spionage abgestellt. Eine weitverzweigte Haus-
rohrpost brachte das Rohmaterial auf dem schnellsten Weg zum
Auswerter, der die fertig auf Matrizen geschriebenen Meldungen
auf dem gleichen Weg über seine Vorgesetzten zur Vervielfälti-
gungsstelle schickte. Konferenztelefone erleichterten den Ab-
teilungs- und Gruppenleitern Besprechungen mit ihren Referenten.
Bis ins kleinste durchgearbeitete Sicherungsanlagen schützten
Räume, in denen Geheimmaterial lagerte, und darüberhinaus durch-
streiften Tag und Nacht Wachmänner das Haus, um fremde oder ver-
dächtige Elemente ausfindig machen und feststellen zu können.
Abteilungen mit besonderen technischen Einrichtungen oder ausser-
gewöhnlich geheimem Material, wie z.B. die Erfassungsstellen
und die Entzifferungsabteilung lagen unter besonderem Verschluss
und durften von Abteilungsfremden nur betreten werden, wenn
eine sachliche Veranlassung dazu vorlag. Schliesslich waren
überall im Haus Alarmsignale angebracht, die gegebenenfalls
das gesamte Wachpersonal zusammenrufen und die Amtsangehörigen
warnen konnten. Da Tag und Nacht gearbeitet wurde, und ein Teil
des Personals darüberhinaus in besonders politischen Spannungs-
zeiten durchgehend zur Verfügung stehen musste, waren bequeme
Schlafräume vorhanden und selbstverständlich auch ein Kasino.
Alles in allem war das neue Heim des Forschungsamtes die ideal-

ste Stätte, die man sich für die Nachrichtenarbeit denken konnte.

Am 10. April 1935 erlitt das Forschungsamt durch den plötzlichen Tod des Amtsleiters Schimpf seinen ersten grossen Verlust. Die Ursache seines Todes ist nicht - dies sei hier ausdrücklich vermerkt, um die vielen anders lautenden Gerüchte zu entkräften - im Zusammenhang mit irgendwelchen politischen Dingen zu suchen, sondern er schied aus Privatgründen in Breslau freiwillig aus dem Leben. Wohl hatten zwischen ihm und Heydrich im Zusammenhang mit machtpolitischen Bestrebungen der Geheimen Staatspolizei Differenzen bestanden, auf die später noch einzugehen ist, aber sie hatten ursächlich mit seinem Tod nicht das Geringste zu tun. Zu seinem Nachfolger wurde vom Preuss. Ministerpräsidenten der im Preuss. Staatsministerium tätige Oberregierungsrat Prinz Christoph von Hessen bestimmt, der bereits Mitte April dieses Jahres die Amtsleitung übernahm.

Je autoritärer sich der Nationalsozialismus entwickelte, je mehr er sich wirtschaftlich, politisch und militärisch auf eine spannungsreiche Zukunft vorbereitete, um so grösser wurden die Forderungen und Aufträge, die er dem Nachrichtendienst stellte. Nachdem anfangs nur wenige Dienststellen mit den "Braunen Blättern" beliefert worden waren, nahm der Kreis der Abnehmer im Laufe der Jahre immer mehr zu. Neben dem militärischen^{*)} und wirtschaftlichen Sektor war es Hitlers immer stärker forcierte Aussenpolitik, die auch auf diesem Gebiet ein grösseres Einschalten des Amtes notwendig machte. Die Verhandlungen mit Chamberlain und Daladier in München und Bad Godesberg, sowie die Aktionen Österreich - Sudetenland - Tschechoslowakei und Memelland stellten die grössten Anforderungen an das Amt, die oft nur unter stärkstem Einsatz gelöst werden konnten. Mit der Vergrösserung des Reichsgebietes und mit den sich immer stärker bemerkbar machenden innen- und aussenpolitischen Verwicklungen stiegen seine Verpflichtungen weiter, und so mussten noch die sich an das Amt anschliessenden Häuser von den Bewohnern geräumt werden, um Platz zu schaffen für das neu eingestellte Personal. Neue Funkstellen wurden eingerichtet, und weitere Fernsprecherfassungsstellen, besonders in den neu dazugekom-

^{*)} Der rein militärische Sektor hat im Forschungsamt allerdings nie eine grosse Rolle gespielt. Das Amt gab an die Wehrmacht nur militärische Gelegenheitsaufnahmen und Produkte aus Grenzgebieten, da es die rein militärische Erfassung der Wehrmacht selbst überlassen hatte.

menen Gebieten entstanden. Bald gab es Forschungsstellen in Wien, Salzburg, Graz, Olmütz, Karlsbad, Reichenberg, Prag, Pilsen, Lauenburg, Memel u.a., die aber zum grössten Teil nur kurze Zeit bestehen blieben und nach Erledigung ihrer Aufgaben aufgelöst werden konnten.

Der Beginn des Krieges mit der allgemeinen Militarisierung und Uniformierung brachte auch in das zivile Forschungsamt Uniformen. Alle Beamten nämlich, die gezwungen waren, mit anderen Behörden und Dienststellen zu verhandeln, bekamen aus Tarnungsgründen die Uniform der Luftwaffenbeamten, obgleich das Amt nach wie vor dem Preussischen Staatsministerium unterstand.

Als sich in den ersten beiden Kriegsjahren der Materialanfall vervielfältigte, mussten auf Grund von Kriegsdienstverpflichtungen weitere geeignete Kräfte eingestellt werden. So ergab sich im Frühjahr 1941 die Notwendigkeit, die bisherige Organisationsform des Amtes, die 6 Abteilungen vorsah, zu ändern. Es entstanden 6 Hauptabteilungen mit insgesamt 15 Abteilungen und anstatt einer bis dahin in Berlin für die Betreuung der technischen Erfassungsstellen eingerichtet gewesenen Hauptleitstelle 6 Forschungsleitstellen in Berlin, Hamburg, München, Köln, Breslau und Wien, die direkt dem Amtsleiter unterstanden, jedoch im allgemeinen nur verwaltungstechnische Aufgaben hatten (vgl. Organisationsplan). Schliesslich wurden eine ganze Reihe neuer Aussenstellen in den besetzten Gebieten aufgebaut. Da die Zahl der belieferten Dienststellen in diesen Jahren ebenfalls laufend zugenommen hatte, die Aufgaben also immer umfangreicher wurden, machte sich an einigen Stellen des Amtes trotz vieler Neueinstellungen ein spürbarer Personalmangel bemerkbar, der nie ganz behoben werden konnte. Nachdem im Sommer des Jahres 1943 das Amt auch seinen zweiten Leiter verloren hatte - Prinz Christoph von Hessen starb als Luftwaffenoffizier im Einsatz in Italien - erlebte das Amt am 22. November dieses Jahres einen weiteren schweren Schlag. Bei dem bis dahin grössten Fliegerangriff auf die Reichshauptstadt wurden die Häuser in der Schillerstrasse von Brandbomben getroffen, und trotz verzweifelter Löschversuche

brannte das ganze Amt bis auf zwei Häuser nieder. Die wichtigsten Akten und das gesamte Archiv-Material konnten zwar gerettet werden, aber die praktische Arbeit war zunächst einmal vollständig lahmgelegt. Da Spring als Ausweichquartier vorzuziehen die Flak-Kaserne Hartlieb und ein Barackenlager der Luftwaffe in dem nicht weit davon gelegenen Klettendorf bei Breslau bestimmt hatte, und die Vorbereitungen für eine plötzliche Übersiedlung weitgehend getroffen waren, dauerte die Zeit der Unterbrechung aber nicht allzulange, und bereits Mitte Dezember lief die Arbeit wieder auf vollen Touren.

Die Berliner Fernsprech-Erfassungstellen waren in Nebenräumen einiger Postämter und in anderen öffentlichen Gebäuden, wie der Physikalisch-technischen Reichsanstalt in Charlottenburg und dem Park des Schlosses Bellevue untergebracht worden. Ausserdem blieb die Amtsleitung mit einem Arbeitstab sowie den Verbindungsstellen zu den wichtigsten belieferten Behörden in Berlin. Ein täglicher Kurierverkehr zwischen Breslau und Berlin sowie eine ausgedehnte Fernschreibverbindung gewährleisteten schnellste Zuführung des Erfassungsmaterials und genauso schnelle Weiterleitung der ausgewerteten Meldungen an die Abnehmer.

Im Verlauf der 2. Hälfte des Jahres 1944 machte sich aber trotzdem ein langsames Nachlassen im Arbeitstempo bemerkbar. Einerseits mussten durch das Zurückweichen der Fronten und die Aufgabe besetzter Gebiete eine Reihe von Forschungsstellen aufgelöst werden, andererseits ließen aber auch, bedingt durch die dauernden Fliegerangriffe die Ergebnisse der Fernsprech-Erfassung stetig nach. Lediglich die Beobachtung des ausländischen Rundfunks, die durch Überwachung einer Reihe von "Netz- und Soldatensendern" erweitert war, blieb diesen Faktor etwas aus.

Inzwischen wurde in Lübben, wohin auch ein Teil des OEW ausgewichen war, fieberhaft an einen neuen Heim für das Forschungsamt gebaut, dessen Planung so großzügig wie nur möglich

gehalten war, weil man das Amt auch nach einem gewonnenen Krieg noch bis auf weiteres dort belassen wollte. All diesen Plänen, wie auch dem weiteren Verbleib in Breslau machte aber der russische Vormarsch ein Ende, als im Januar 1945 Schlesien und die übrigen deutschen Ostgebiete überrollt wurden. Unter grossen Schwierigkeiten gelang es dem im Jahr 1944 zum neuen Amtsleiter ernannten Min.Dir.Schapper, die Belegschaft am 22. Januar aus Breslau zu evakuieren und in einem Sonderzug nach Berlin zu schaffen. Allerdings musste vorher der grösste Teil aller Archive, zum Teil unersetzliche Werte, vernichtet werden. Tag und Nacht brannten die Feuer vor den einzelnen Unterkünften, bis das Material so weit reduziert war, dass man es ohne Schwierigkeiten transportieren konnte.

In Berlin gab es natürlich keine Arbeitsmöglichkeiten mehr für ein Nachrichtenamt, und so wurde das Personal zunächst im Neuen Lager in Jüterbog untergebracht, um es für einen weiteren Einsatz bereit zu haben. Ein kleiner Stab arbeitete inzwischen in Berlin die wichtigsten Eingänge auf. Am 18. Februar endlich war es so weit, dass eine neue Unterkunft auf dem Fliegerhorst in Kaufbeuren bezogen werden sollte. Wieder stand ein Sonderzug zur Verfügung, und in langsamer Fahrt ging es in steter Furcht vor Luftangriffen nach Süden, bis der Zug am 20. Februar an seinem Bestimmungsort ankam. Ein Teil des Personals war bereits von Jüterbog und Berlin aus für andere Zwecke freigegeben worden, aber auch der verbliebene Rest fand in Kaufbeuren nur wenig Arbeitsmöglichkeiten. Einerseits konnten die Kurierverbindungen mit Berlin nur schwer aufrecht erhalten, andererseits musste der Fliegerhorst fast täglich wegen Luftgefahr für mehrere Stunden geräumt werden. Immer klarer zeichnete sich die bevorstehende Niederlage ab, und immer weniger konnte das Forschungsamt seinen Aufgaben nachkommen.

Der in Berlin verbliebene Teil des Amtes hatte noch am meisten Möglichkeit zur praktischen Arbeit, da das dort anfallende Material zu einem gewissen Prozentsatz wenigstens an einige Abnehmer weitergeleitet werden konnte. Am 21. April jedoch mussten

auch hier die Konsequenzen der militärischen Entwicklung gezogen werden. Etwa 60 Mann, einschl. einiger Schreibkräfte - die sogenannte Nordgruppe des Forschungsamtes - unter Leitung von Min. Rat Seifert, dem Leiter der Hauptabteilung V, setzten sich nach Norden ab, der Rest wurde für die Verteidigung der Reichshauptstadt freigegeben. Das erste Ziel dieser Gruppe war die Funkstelle in Eutin, wo nochmals mit der Arbeit begonnen wurde und das Material auch abgesetzt werden konnte, da Dönitz zu dieser Zeit mit seinem Stab in Timmendorfer Strand lag. Als die russische Front sich auch diesem Gebiet näherte, und Dönitz sein Hauptquartier nach Kurland verlegte, folgte ihm die Nordgruppe dorthin nach. Durch Tieffliegerangriff verlor sie zwar einen Einsatzwagen und einige Angehörige, aber der grösste Teil kam wohlbehalten im Aussersten Norden des Reiches an und baute in Glücksburg sofort eine neue provisorische Funkstelle auf. Aus organisatorischen Gründen unterstellte der Leiter der Nordgruppe nach Eintreffen der ersten Engländer seinen Trupp einschl. der Geräte dem Oberkommando der Kriegsmarine, arbeitete aber nach Zusammenlegung mit einer Funkstelle der Marine in der alten Form weiter. Jetzt wurde das Material nicht nur Dönitz, sondern auf Befehl des englischen Stadtkommandanten auch diesem zugestellt, der verschiedentlich seine Zufriedenheit über die Meldungen zum Ausdruck brachte, vor allem da er selbst von britischer Seite offenbar nur wenig Nachrichten erhielt. Erst als Mitte Mai Dönitz und der Rest der Regierung in Gefangenschaft kam, - mit ihm auch der grösste Teil der leitenden Männer der Nordgruppe - als die Dienststelle also praktisch nur noch für den britischen General arbeitete, stellte sie endgültig ihre Tätigkeit ein.

Inzwischen war am 24. April die Arbeit in Kaufbeuren ebenfalls aufgegeben worden. Während sich ein Kerntrupp von etwa 100 Mann mit Geräten in Richtung Tirol absetzte, wurde der Rest nach Vernichtung allen übrig gebliebenen Materials aufgelöst. Die Amtsleitung hatte die Weisung, Verbindung mit den nach Garmisch und Berchtesgaden ausgewichenen Dienst-

stellen der Reichsregierung aufzunehmen und ihnen den Trupp zur Verfügung zu stellen. Nachdem der Gauleiter von Tirol, Hofer, sich anfangs bereit erklärt hatte, Unterkünfte für den Trupp am Achensee anzuweisen, zog er dieses Angebot jedoch plötzlich wieder ohne Begründung zurück. Offenbar hatte er Kenntnis von der Festsetzung Görings in Berchtesgaden erhalten. Nach einem Aufenthalt von 2 Tagen in Innsbruck wich der Trupp nach Norden aus, wo am 26.4., als keine weitere Einsatzmöglichkeit mehr bestand, in Oberaudorf die Bekanntgabe von der bevorstehenden Auflösung des Forschungsamtes erfolgte. Unter großen Mühen war es der Amtsleitung wenigstens noch gelungen, in der Flakkaserne in Stefanskirchen bei Rosenheim Quartier zu bekommen, um hier ungestört die endgültige Auflösung und Entlassung des Personals vornehmen zu können. Nachdem alles mitgenommene Geheimmaterial vernichtet worden war, verabschiedete der Amtsleiter am 30. April die letzten Mitarbeiter seines Amtes. Als die Amerikaner am 3. Mai die Kaserne besetzten, bestand von dem einst so stolzen Forschungsamt kaum mehr als die Erinnerung.

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Aufgaben des Forschungsamtes

Wie schon erwähnt, war das Amt in seinem Aufbau und den ihm gemachten Zugeständnissen nach ein Nachrichtenamt auf rein technischer Basis, das auf jegliche Aktivität in der Beschaffung von Nachrichten verzichteten und sich im übrigen vollster Objektivität bei deren Verarbeitung befleißigen musste. Sein Aufgabengebiet war von Anfang an fest umrissen und beschränkte sich ausschliesslich auf die Beobachtung des Funkverkehrs, des ausländischen Rundfunks - der deutsche Rundfunk wurde prinzipiell nicht abgehört, da das Amt keine Kontrollstelle deutscher Sender war - des Fernsprech-, Fernschreib- und Telegrammverkehrs sowie der Presse. Während die Erfassung des Funks, des Rundfunks, des Fernschreib- sowie Telegrammverkehrs ohne besondere Einzelgenehmigung gestattet war, waren dem Amt bei der Beobachtung des Fernsprechverkehrs wesentliche Einschränkungen gemacht. Hier durften nämlich nur die Fern- und Durchgangsleitungen, auf dessen genauer Überwachung das OKW bei der Gründung des Forschungsamtes bestanden hatte, ohne besondere Formalitäten beobachtet werden. Alle Einzelüberwachungen, gleichgültig, ob politischer oder wirtschaftlicher Natur, bedurften dagegen der ausdrücklichen Genehmigung durch Göring. Während die Ergebnisse dieser Beobachtungen im allgemeinen uneingeschränkt verarbeitet und den zuständigen Ressorts ausserhalb des Amtes zugeleitet werden konnten, bestand bei der Beobachtung aller anderen Fernsprechteilnehmer die Bestimmung, dass nur das Material zur Bearbeitung und zur Auslieferung kommen durfte, das in den Rahmen der vom Auftraggeber gestellten Erfassungsbegründungen fiel. War, wie vor allem bei den Aufträgen der Geheimen Staatspolizei, eine zu allgemein lautende oder unklare Auftragsbegründung gegeben, lehnte der Preuss. Ministerspräsident kurzerhand die Schaltung ab, oder er liess sie in manchen Fällen zu, untersagte aber gleichzeitig die Auslieferung der Ergebnisse ohne seine jeweilige besondere Genehmigung. Handelte es sich um Aufträge delikater politischer Art oder um Personen, die aus dem einen oder anderen Grund von allgemeinem

Staatsinteresse waren, verfuhr er ebenso, immer in dem Bestreben, die Neutralität und Ungebundenheit des Amtes in jeder Beziehung zu wahren.

In der Telegrammerfassung hatte das Forschungsamt wenig eigene Initiative, da die Erfassung beim Haupttelegrafenamts lag. Neben den vom Amt geforderten Telegrammen konnte die Post darüberhinaus von sich aus dem Forschungsamt Telegramme und Nachrichten weiterleiten, die sie auf eigenen Funkstationen aufgenommen hatten. Für die Verwendung dieses Materials und der von den Auslandsbriefprüfstellen des OKW stammenden Photokopien von Briefen galten analog die Bestimmungen der Drahtüberwachung.

Grundsätzlich verboten war jede Beobachtung von Wehrmacht- und anderen Behördenleitungen sowie die Erfassung bzw. Auswertung von Ferngesprächen führender Persönlichkeiten aus Staat, Partei und Wehrmacht. Allerdings gab es auch hierbei eine Ausnahme: Göring hatte nämlich für sich selbst die Forderung gestellt, dass seine Gespräche auch mit anderen führenden Personen - soweit sie zufällig erfasst wurden - möglichst auf Band genommen und die Wiedergabe ihm zugeleitet wurde. Er wollte hiermit wahrscheinlich eine gewisse Selbstkontrolle über seine Äußerungen haben. Dies ist aber wohl der einzige Fall, in dem Göring seine Schutzherrschaft über das Forschungsamt zu seinem eigenen Vorteil ausgenutzt und die anderen gegenüber bestehenden Bestimmungen verletzt hatte.

Der Grundsatz, jede Aktivität in der Beschaffung von Nachrichtenmaterial zu vermeiden, führte zu der Ablehnung jeglicher Nachrichtenbeschaffung durch Agenten. Wohl bekam das Amt vom OKW zur Information den einen oder anderen Agentenbericht, aber dabei handelte es sich meistens nur um unbedeutende unsichere oder veraltete Meldungen, die nie in den Braunen Blättern zur Verarbeitung kamen. Eigene Agenten waren jedenfalls nicht beschäftigt. In konsequenter Wahrung seines Charakters als absolut passives Nachrichteninstrument lehnte das Forschungsamt auch die Verwendung von Lauschk Mikrofonen rundweg ab.

In diesem Zusammenhang mag es von Interesse sein, Görings eigene Aussagen über die Aufgaben und die Arbeitsweise des Forschungsamts zu hören, so wie sie auf Grund seiner Aussagen beim Kriegsverbrecherprozess in Nürnberg in den Protokollen aufgezeichnet sind. Er sagte hier auf eine ihm diesbezüglich gestellte Frage:

"Das Forschungsamt der Luftwaffe hatte mit Forschung einerseits und mit der Luftwaffe andererseits nicht das Geringste zu tun. Der Ausdruck war eine Art Kamouflage, denn, als wir an die Macht kamen, war ein ziemliches Durcheinander in dem technischen Teil der Überwachung wichtiger Nachrichten. Ich habe deshalb zunächst das Forschungsamt gegründet, d.h. eine Stelle, wo alle technischen Einrichtungen zur Überwachung des Funkbetriebes, der Telegrafie, der Telefonie und aller sonstigen technischen Einrichtungen möglich war. Da ich damals nur Reichsluftfahrtminister war, konnte ich diese Apparatur nur bei mir unterbringen und wählte diesen Kamouflageausdruck. Der Apparat diente dazu, vor allen Dingen die auswärtigen Missionen, die wichtigen Persönlichkeiten, die mit dem Ausland telefonierten, telegrafierten und funkten, wie das überall und in allen Staaten üblich ist, zu überwachen, zu dechiffrieren und den einzelnen Resorts dann die Auswertung zuzustellen. Das Amt hatte keinen Agentendienst, keinen Nachrichtendienst, sondern war eine rein technische Stelle, erfasste Funksprüche, erfasste Telefongespräche, wo es befohlen war zu überwachen, erfasste die Telegramme und gab die Auswertung an die interessierten Stellen."

Als Göring später in der Vernehmung durch den Hauptanklagevertreter Justice Jackson noch einmal zum Forschungsamt Stellung nehmen musste, erklärte er:

"Um keinen Mißbrauch seitens der Polizei einzuführen, musste, sobald dieses Amt Telefongespräche abhören sollte, meine persönliche Genehmigung eingeholt werden. Daneben konnte trotzdem natürlich ein unkontrolliertes Abhören stattfinden, wie das technisch heute überall möglich ist."

Auf die Frage Jacksons, ob er die Ergebnisse dieser Berichte für sich behalten habe, erwiderte Göring:

"Nein, es war so: Die Berichte, die das Auswärtige Amt interessierten, bekam das Auswärtige Amt; die Berichte, die für den Führer wichtig waren, bekam der Führer; die Berichte, die für die militärische Seite wichtig waren,

der Kriegsminister, das Reichsluftfahrtministerium oder das Reichswirtschaftsministerium; ich bzw. mein Vertreter entschied, ob das für dieses oder jenes Amt wichtig sei. Dort saß ein Mann, der beauftragt und verantwortlich war, dass diese Geheimberichte nur dem Chef vorgelegt wurden. Ich konnte selbstverständlich jederzeit anordnen, dass dieser oder jener Bericht ausschliesslich meiner Kenntnis vorbehalten bleiben und nicht weitergegeben werden sollte. Das war mir jederzeit möglich."

(Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher, Band IX, Seite 325 und 490)

Während Göring, wie seinen eigenen Worten zu entnehmen ist, in sachlicher Hinsicht die Arbeit des Forschungsamtes weitestgehend unter Kontrolle hielt, interessierte er sich für die Arbeitstechnik und die damit in Zusammenhang stehenden Fragen sowie für Verwaltungsangelegenheiten so gut wie garnicht, so dass selbst Entscheidungen grundsätzlicher Art vom Staatssekretär getroffen werden mussten. Lediglich auf einem Gebiet hat sich Göring - wenigstens bis zur Zeit des Schwindens seiner Macht - unter Einsatz seiner ganzen Persönlichkeit für die äusseren Belange des Amtes eingesetzt, und das war beim Kampf um die Unabhängigkeit des Forschungsamtes.

Er selbst sagte in Nürnberg auf die Frage Justice Jacksons, ob es stimme, dass er ziemliche Schwierigkeiten mit anderen Polizeistellen gehabt habe, die diese Organisation gern in die Hände bekommen hätten:

"Es ist richtig, dass die Polizei danach strebte, dieses Instrument in die Hand zu bekommen, sie hat es aber nicht von mir bekommen und hat vielleicht da und dort eine Nebenüberwachung aufgemacht, aber die entscheidende Überwachung, die ja technisch durch das Postministerium geschaltet werden musste, die konnte nur ich anordnen."

(Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher, Band IX, Seite 490)

Verwaltung und Personal

Verwaltungstechnisch gab es für das Forschungsamt keinerlei Sondervorschriften. Gemäss seiner klaren Unterstellung unter das Preussische Staatsministerium, in dessen Verteiler es genau wie die anderen zu diesem Bereich gehörenden Dienststellen, z.B. das Reichsforstamt, erschien, arbeitete es nach den für die Dienststellen der allgemeinen und inneren Verwaltung zuständigen offenen Dienstvorschriften, wie etwa der Reichshaushaltsordnung und den Reichswirtschaftsbestimmungen. Während in den Jahren 1933 - 36 die Ausgaben des Amtes beim preussischen Haushalt gedeckt wurden, übernahm ab 1937 das Reich den FA-Haushalt, weil durch das stete Anwachsen des Amtes - in seiner Blütezeit waren rund 3500 Personen beschäftigt - dem preussischen Staat eine zu grosse finanzielle Belastung entstand. Der dem Forschungsamt zugestandene Etat von durchschnittlich 25 Millionen RM wurde nunmehr im Haushalt des Reichsluftfahrtministeriums geführt.

Ebensowenig wie das Amt verwaltungsmässig eine Sonderstellung einnahm, galten auch in personeller Hinsicht Sondervorschriften; gültig waren hier die Reichsbesoldungsordnung für Beamte und die Tarifordnungen A und B für Angestellte und Arbeiter. Während ein grosser Teil der nachrichtentechnisch beschäftigten Beamten aus analogen Arbeitsgebieten bei anderen Behörden gekommen war, fand man bei den Angestellten keinen, der über eine entsprechende Spezialvorbildung verfügt hätte. Selbstverständlich wurde bei der Einstellung auf gewisse Fähigkeiten je nach der späteren Bestimmung geachtet, aber auch diese Beurteilung erfolgte nicht nach besonders ausgeklügelten Auslesemethoden wie psychotechnischen Prüfungen und ähnlichem. Der grösste Teil des Stammpersonals kam auf Empfehlungen von Amtsangehörigen bzw. befreundeten Behörden ins Amt. Darüberhinaus erfolgten Einstellungen durch Zeitungsinserate und während des Krieges durch Verpflichtungen seitens der Arbeitsämter, jedoch dort nicht auf dem Wege der Werbung, sondern nur auf Grund von Bedarfsmeldungen des Amtes. Äusseren Einschränkungen waren die Anwärter zu keiner Zeit unterworfen, es sei denn,

dass sie - wie dies stets im Staatsdienst erforderlich war, ein polizeilich einwandfreies Führungseugnis vorlegen mussten. Grundsätzlich erfolgten die Einstellungen nach folgenden Grundsätzen: Charakter und Haltung, Anlage und Leistungsfähigkeit. Parteizugehörigkeit oder Ähnliches wurde nicht verlangt; so waren auch nur 50% der Belegschaft, einschliesslich der Beamten Mitglied der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen. Generell verboten war die Zugehörigkeit zum SD und ebenso grundsätzlich wurden, um unerwünschte Querverbindungen zu vermeiden, keine Bewerber eingestellt, die von der Geheimen Staatspolizei kamen. Beseichnend für die Toleranz, die in parteipolitischer Hinsicht bestand, war die Verwendung und sogar spätere Beförderung eines höheren Beamten, der nur zur Hälfte arischer Abstammung war.

Nachdem ein Bewerber von der Personalabteilung als geeignet befunden war, wurde er den Sachabteilungen zugeführt, die seine geistige Qualifikation überprüften. Schnitt er dort zur Zufriedenheit ab, und erklärte sich die jeweilige Abteilung mit seiner Verwendung einverstanden, so wurde er eingestellt und gleichzeitig auf die Geheimhaltung verpflichtet. Erst dann erfährt er offiziell Näheres über den Charakter des Amtes und welcher Art die Tätigkeit war, die auf ihn wartete. Da er ja Schweigepflicht in jedem Fall - auch für die Zeit nach seinem Ausscheiden aus dem Amt - gelobt hatte, war ihm nach dieser Eröffnung noch die Möglichkeit gegeben, falls ihm die Tätigkeit nicht zusagte, auf seine Mitarbeit zu verzichten. Aber - soweit bekannt - ist dies in keinem Fall ausgenutzt worden. Bedingt durch den Charakter des im Amt zur Verarbeitung kommenden Materials, das sich ja nicht aus Propagandamedlungen, sondern aus echten Nachrichten zusammensetzte, hielten sich die politischen Diskussionen innerhalb des Nachrichtenpersonals in bemerkenswert freimütigen Bahnen. Die sich in der zweiten Hälfte des Krieges immer stärker abzeichnenden wirtschaftlichen Engpässe sowie die von der Gegenseite erhalten immer intensiver in Erscheinung tretenden rüstungstechnischen Fortschritte ließen Meinungen zum Ausdruck kommen, die in jeder anderen Reichsbehörde völlig unmöglich waren und nach dem nationalsozialistischen Sprach-

gebrauch als defätistisch hätten geadet werden müssen. Trotz der teilweisen Erkenntnis der hoffnungslosen politischen und militärischen Lage hat es aber bis auf einen noch später Erwähnung findenden Fall niemals aktive Widerstandbestrebungen im Amt gegeben, weil es eben nicht als nationalsozialistisches oder politisches Instrument in Erscheinung trat, sondern dem Deutschen Reich als Ganzes dienen wollte.

Institut für Zeitgeschichte

Geheimhaltungsbestimmungen

Es liegt auf der Hand, dass den Bestimmungen zur Geheimhaltung und zur Schweigepflicht in einem Nachrichtenamt besondere Beachtung geschenkt werden musste. Dabei war die Existenz des Forschungsamtes als solche nicht einmal geheim - es war mit seiner Anschrift sogar im Berliner Fernsprechkund zu finden - , sondern geheim waren vielmehr nur die Aufgaben und die erarbeiteten Ergebnisse. Darüberhinaus wurde von den Amtse Angehörigen grundsätzlich Schweigepflicht über ihre Tätigkeit verlangt, um sie weniger leicht in Gefahr zu bringen, von gegnerischer Agentenseite ausgehört werden zu können.

Für die Ausarbeitung und Beobachtung der Geheimhaltungsbestimmungen sowie für die Sicherheit des Amtes war die Abteilung I zuständig, die auch über die Einhaltung der Vorschriften für die Behandlung der Geheimen Reichssachen zu achten hatte. Zwei Arten von Geheimhaltungsverpflichtungen waren in Anwendung, und zwar für Arbeiter sowie Verwaltungsangestellte die vereinfachte und für Angehörige der nachrichtendienstlichen Abteilungen die erweiterte. Entsprechend den Bestimmungen über die Schweigepflicht ausserhalb des Hauses musste auch im Dienst schärfste Geheimhaltungsdisziplin gewahrt werden. Über Einzelheiten der Arbeit durfte nur derjenige vom anderen etwas erfahren, der dienstlich mit dem betreffenden Gebiet etwas zu tun hatte. Die Sammlung der täglich fertig gestellten Meldungen, die in den ersten Jahren zu Informationszwecken einem grösseren Kreis von Lesern zugänglich gemacht war, wurde während des Krieges nur noch denen zugestellt, die sie aus dienstlichen Gründen tatsächlich lesen mussten.

Um dem Personal die Gebote der Schweigepflicht immer von neuem in Erinnerung zu bringen, waren sie monatlich von jedem Angehörigen des Amtes zu lesen und zu unterzeichnen. Darüberhinaus hatten die Abteilungen die Pflicht, in regelmässigen "Geheimhaltungsvorträgen" die Belagschaft auf diesem Gebiet zu schulen.

Obgleich bei der Einstellung des Personals keine besonderen Anforderungen gestellt wurden, war die Zahl der wegen Geheimhaltungsverstößen entlassenen Amtsangehörigen relativ klein. Man geht wohl nicht fehl bei der Behauptung, dass es im Jahresdurchschnitt höchstens ein Verfahren gab, das mit einem Ausschluss endete. Fälle überführter Agententätigkeit von Amtsangehörigen für Feindländer gab es überhaupt nicht. Im Jahre 1940 wurde zwar ein Angestellter in diesem Zusammenhang festgenommen, aber wie sich bei der Untersuchung herausstellte, handelte es sich nur um Verfehlungen aus seiner früheren Tätigkeit im Reichswehrministerium, von denen die Abwehr bei Auswertung von in Frankreich gefundenen Unterlagen des "Deuxième bureau" Kenntnis bekam. Seine Tätigkeit im Forschungsamt - er war Dienststellenleiter einer Funkstelle - hatte ihn überhaupt nicht mit Geheimmaterial zusammengebracht. Ein anderer Fall von Bruch der Schweigepflicht war ernster. Im Februar 1944 wurde nämlich der Leiter der Abteilung 13 - Innerpolitische Auswertung - ohne vorherige Verständigung des Amtes oder Öbrings von der Geheimen Staatspolizei festgenommen, weil er einem Mitglied der Abwehr Nachrichten aus seinem Arbeitsgebiet ausstellte, die nach Feststellung der Staatspolizei einer Widerstandstätigkeit dienen sollte. Der betreffende Oberregierungsrat wurde am 19.7. des selben Jahres trotz gegenteiliger Bestätigungen des Amtes und Staatssekretär Körners erschossen.

OKR
Hans
Pleas

Institut für Zeitgeschichte

Auftragswesen.

Am Beginn jeder praktischen Nachrichtenarbeit im Forschungsamt stand der Auftrag. Seien es allgemein gehaltene Aufgaben, wie die auf Weisung des OKW vorgenommenen Fernsprechbeobachtungen aller Fern- und Durchgangsleitungen, seien es komplexmässig gehaltene Aufträge, wie sie im wirtschaftlichen Sektor am häufigsten gestellt wurden, oder seien es Einzelaufträge zur Fernsprecherfassung gewesen, ohne schriftlich gestellte Auftragserteilung wurde vom Forschungsamt grundsätzlich keine Beobachtung aufgenommen. Während für den grössten Teil aller Erfassungsarten nach gestelltem Antrag kaum Einschränkungen bestanden, wurde ein Fernsprecherfassungs-Einzelauftrag - wie bereits angedeutet - erst einer genauen Prüfung unterzogen, bevor er zur Schaltung kam.

Von den vielen mit FA-Material belieferten Stellen kamen für eine Auftragsstellung im grossen und ganzen nur das Auswärtige Amt, das Reichswirtschaftsministerium, das OKW, das Reichssicherheitshauptamt und in einigen wenigen Fällen das RMVP in Betracht. Bestand bei einer dieser Behörden Interesse an der Beobachtung eines Fernsprechteilnehmers, so wurde der Auftrag mit genauer Begründung über die jeweilige Verbindungsstelle des Amtes oder direkt an das Amt selbst, zu Händen des Hauptabteilungsleiters V, gerichtet, der ihn der Hauptabteilung III zur Überprüfung der technischen Durchführbarkeit zuschickte und ihn auf ein Formblatt umgeschrieben dem Ministerpräsidenten zur Entscheidung vorlegte. Wurde der Auftrag genehmigt, stand der Schaltung des Anschlusses nichts mehr im Wege. Nur die Reichspost musste auf Antrag des Amtes noch den entsprechenden Schaltbefehl geben. Die Überprüfung der Aufträge bzw. der Begründungen durch den Ministerpräsidenten wurde sehr genau vorgenommen. In vielen Fällen verlangte er eingehendere Begründungen, oder er lehnte Erfassungen auch von vornherein mit der Notiz ab: "Dazu ist das Forschungsamt nicht da." Im Durchschnitt konnte mit der Beant-

wertung der Anfragen durch Göring von einem Tag zum anderen gerechnet werden, jedoch verzögerte sie sich manchmal, besonders während des Krieges um einige Tage, was natürlich in den meisten Fällen eine ungeduldige Reaktion des Abnehmers hervorrief, der vergeblich auf Belieferung wartete.

Um jede Abweichung von dieser strengen Bestimmung zu verhindern, führte der Reichspostminister, der die Schaltbefehle gab, eine Gegenliste, die mit den vom Ministerpräsidenten genehmigten Auflagen verglichen werden konnte.

Auch die Verteilung der Forschungsergebnisse war genau geregelt. So erhielt jeder Abnehmer peinlichst nur das, was ihm den gestellten Anträgen entsprechend zukam. In Zweifelsfällen fragte das Amt beim Ministerpräsidenten an, der dann auch hierbei im Einzelfall keine bindende Entscheidung abgab. Die genaue Einhaltung gerade dieser Vorschriften wurde innerhalb des Amtes vom Amtsleiter und dem zuständigen Hauptabteilungsleiter ständig kontrolliert.

Zusammenarbeit mit der Post

Die für die Nachrichtenerfassung notwendige Zusammenarbeit mit der Reichspost war zwar nicht immer sehr glücklich, aber im allgemeinen korrekt. In sämtlichen technischen Erfassungsarten war das Amt auf die Mithilfe der Post angewiesen, da laut Verfügung die Post das gesamte technische Inventar der Erfassungsstellen bis zum Erfassungsgerät zu liefern und zu beaufsichtigen hatte. Verstärker, Stahltongeräte, Magnetophone etc. dagegen waren sowohl auf den Fernsprecherfassungs- wie auf den Funkstellen Eigentum des Forschungsamtes. Während die Forschungsstellen A in eigenen oder gemieteten Räumen und Gebäuden untergebracht waren, gehörten die Forschungsstellen B einschliesslich des Grund und Bodens mit sämtlichen Gebäuden sowie der gesamten Einrichtung, angefangen also von der Antenne bis zum Empfangsgerät und dem Stahl des Erfassers, der Reichspost. Das Forschungsamt zahlte zwar an die Post jährlich eine grössere Summe, um mit der Zeit die Eigentumsrechte zu erlangen, aber zur endgültigen Verrechnung war es niemals gekommen, vor allem da die Post diese Zahlungen nur als Entschädigungsbeiträge ansah, und über diese Streitfrage nie eine endgültige Einigung erzielt werden konnte. So blieben die ehemaligen Funkstellen des Forschungsamtes auch nach dem Krieg Eigentum der Post und wurden für ihre Zwecke verwandt.

Aber nicht nur die Gestellung der Geräte war der Post vorbehalten, sondern auch notwendig werdende Reparaturarbeiten durften nur von Posttechnikern vorgenommen werden. Während kleineren Forschungsstellen ein Postbeamter, der natürlich auf besondere Geheimhaltung verpflichtet war, zu den entsprechenden Arbeiten zur Verfügung gestellt wurde, arbeiteten auf den grösseren ein oder mehrere Posttechniker ausschliesslich für die Zwecke des Forschungsamtes. So gehörte es auch zum Aufgabengebiet dieser Beamter, jede Neu- oder Abschaltung in der Fernsprecherfassung selbst vorzunehmen. Dies geschah in den Postfernspreekämtern in einer völlig unauffälligen Form, so dass tatsächlich ausser dem verpflichteten Personal niemand Kenntnis von der Zusammenarbeit

mit dem Forschungsamt bekam, geschweige von einzelnen Erfassungsfällen.

Wenn eingangs erklärt wurde, die Zusammenarbeit mit der Post sei oft nicht sehr glücklich gewesen, so trifft dies vor allem in der Zusammenarbeit der beiderseitigen technischen Stellen zu, die in manchen Fällen sogar der sachlichen Arbeit Abbruch tat. Wie schon erwähnt, durfte das Forschungsamt bei der Fernsprech- und Funkerfassung im Reichsgebiet - auch bei beweglichen Einsätzen - nur mit Hilfe der Post arbeiten. Als diese aber den erweiterten Ansprüchen des Amtes auf Gerätestellung etc. während des Krieges nicht mehr genügen konnte, bedurfte es langwieriger und schwierigster Verhandlungen, bis wenigstens für die beweglichen Einsätze eigene Geräte verwandt werden durften. Solche Einsätze, die mit eigens dazu ausgestatteten Wagen sowohl im Gebiet der Fernsprech- wie auch Funkerfassung durchgeführt wurden, waren notwendig, wenn kurzfristige Aufträge an Orten erledigt werden mussten, in denen das Amt keine eigenen Forschungsstellen unterhielt.

Obgleich diese einschränkenden Bestimmungen für die Arbeit des Forschungsamtes in den besetzten Gebieten fehlten, versuchte die Post auch dort, besonders, sobald eine Zivilverwaltung eingerichtet war, die Rechte des Amtes zu beschneiden. Viel Schwierigkeiten und damit verbundene sachliche Rückschläge gab es z.B. in Holland. Dort übernahm die Reichspost bald nach der Besetzung die grosse nach modernsten Gesichtspunkten eingerichtete Funkstelle Noordwijkerhoofd und weigerte sich lange Monate standhaft, den berechtigten Forderungen des Amtes, die Arbeit einzustellen, nachzugeben. Für das Forschungsamt war die Arbeit mit dieser Stelle von besonderer Wichtigkeit, weil dort eine Reihe von Erfassungsergebnissen anfielen, die an anderen Orten nur schlecht oder auch garnicht zu erfassen waren, wie z.B. die Sprüche des innerrussischen Funkverkehrs und Funkgespräche zwischen Roosevelt und Churchill. Allerdings waren Letztere auf technischen Wege so stark verschlüsselt - man benutzte während der Unterhaltung gleichzeitig mehrere Frequenzen -, dass eine Auswertung des

Inhalts anfangs unmöglich schien. Die langwierigen Entschlüsselungsversuche der Post hatten nur teilweise Erfolg, und auch diese Teilergebnisse lieferte die zuständige Stelle nicht an das Forschungsamt. Als schliesslich die Funkstelle vom Amt übernommen und mit der systematischen Arbeit begonnen werden konnte, blieb wegen des Vormarsches der Alliierten nicht mehr viel Zeit zur Klärung dieses Problems, nachdem es erfolgversprechend hatte in Angriff genommen werden können.

Auf der anderen Seite war aber das Amt selbst stets bestrebt, die vorgeschriebene grundsätzliche Beteiligung der Post bei jeder Nachrichtenerfassung nicht zu beschränken, weil nur auf Grund dieser Zusammenarbeit ein gedeihliches und erfolgreiches Arbeiten des Amtes möglich war.

Ansatz

Die im Rahmen des Auftragswesens anfallenden Möglichkeiten waren so vielseitig, dass die Steuerung der entsprechenden Erfassungsstellen ohne eine Zentrale garnicht denkbar gewesen wäre. Zuständig für dieses Arbeitsgebiet war die Hauptabteilung III und innerhalb dieser speziell die Abteilung 4. Aufgabe dieser Stelle war es, nicht nur die verschiedenen Aufträge, also Einzel- und Sammelaufträge (Aufträge, die ein bestimmtes komplexmässiges Gebiet in mehreren Erfassungsarten betrafen) denjenigen Fernsprech- und Funkbeobachtungsstellen zuzuleiten, deren Arbeitseinsatz die günstigsten Voraussetzungen für ergiebigen Materialanfall versprach, sondern sie musste auch das Erfasserpersonal so zweckmässig wie möglich einsetzen und gegebenenfalls auswechseln. Nachdem der Gang des Einzelauftrages in der Fernsprecherfassung, der dem Ansatz verhältnismässig wenig Arbeit machte, bereits beschrieben worden ist, soll im folgenden der Weg eines Sammelauftrages verfolgt werden, der beispielsweise von der Abteilung 12 - Wirtschaftsauswertung - für ein bestimmtes Gebiet gegeben wurde, also etwa Beobachtung der Reaktion eines europäischen Staates zu einem Handelsabkommen zweier Nachbarländer. Der Auftrag, der für fast alle Erfassungsarten Geltung haben konnte, wurde von der Auswertung über die Hauptabteilung III dem Ansatz übergeben, der ihn je nach Erforderlichkeit an seine 4 Gruppen, den Fernsprech-, den Funk-, den Rundfunk- und den Fernschreib- sowie Telegrammansatz weiterleitete.

In der Gruppe A musste nach Einlauf des Auftrages zunächst geklärt werden, welche Anschlüsse und Fernleitungen zu beobachten sind, um den grössten Erfolg zu haben, bei welchen Forschungstellen diese Leitungen erfasst werden konnten, ob dort genügend Erfasser für die geforderten Sprachgebiete zur Verfügung standen, bzw. von welchen anderen Stellen gegebenenfalls entsprechende Kräfte abgezogen werden mussten. Schliesslich war noch das Vorhandensein der erforderlichen technischen Erfassungsgeräte

zu überprüfen. Um all die bei derartigen Gelegenheiten auftauchenden Fragen sofort und genau beantworten zu können, waren im Lauf der Jahre - entsprechend auch für die anderen Erfassungsarten - eine grosse Auswahl von Unterlagen statistischer Art sowie Nachschlageverzeichnisse geschaffen worden, mit deren Hilfe der Ansatz in kürzester Zeit die Bearbeitung der Aufträge ermöglichen konnte. Nach Klärung aller notwendigen Voraussetzungen und der zweckmässigsten Formulierung des Auftrages konnte er den jeweiligen Forschungsstellen über die zuständigen Forschungsleitstellen zugeleitet werden.

In ähnlicher Form, nur abgestimmt auf die besondere Eigenart dieses Erfassungsweiges, arbeitete die Gruppe B, der Funkansatz. In diesem Bereich waren die Möglichkeiten des Ansatzes und der Erfassung infolge des ausgedehnten Funknetzes besonders weit gespannt, wobei der Vielzahl der Funklinien nur eine bescheidene Zahl von Geräten und Erfassern gegenüberstand. Die Hauptschwierigkeit lag hier also in vielen Fällen darin, Personal und Technik so günstig wie möglich aufeinander abzustimmen, um für einen Auftrag die besten Voraussetzungen schaffen zu können.

Auch im Rahmen des Rundfunks bestand die Möglichkeit, dass über den als Beispiel gewählten Handelsvertrag Sendungen anfielen. So musste also auch die Gruppe C einen Auftrag bekommen, die nun anhand ihrer Unterlagen prüfen musste, welche Sender für dieses Gebiet in Frage kamen, wann mit einem Vortrag oder Kommentar hierzu gerechnet werden konnte, und welche Nachrichtensendungen besonders zu überwachen waren. Diese Überlegungen zeigen bereits, über welche Hilfsmittel der Rundfunkansatz verfügen musste. Er hatte nicht nur sämtliche Sender mit ihren technischen Daten, die Sendezeiten und Programme zu kennen, sondern er musste auch gleichzeitig die Empfangsmöglichkeiten abschätzen können. Diese Angaben herbeizuschaffen und etwaige Abänderungen laufend zu registrieren, sowie die Ergebnisse dieser Überlegungen mit den zur Verfügung stehenden Möglichkeiten in Übereinstimmung zu bringen, war nicht immer eine leichte Aufgabe, vor allem in den Kriegsjahren, als das entsprechende Fachzeitschriftenmaterial nur sehr

schwer oder garnicht zu beschaffen war. Auch hier wurde eben hauptsächlich mit Unterlagen gearbeitet, die selbst geschaffen waren und immer von neuem berichtigt werden mussten.

Endlich war der Auftrag auch noch der Gruppe D zuzustellen, zwar nicht für das Fernschreibgebiet, das in diesem Fall nicht in Frage kam, sondern für die Telegrammüberwachung. Auch hier musste eine möglichst zweckmässige Formulierung gefunden werden, um die spätere Auslesearbeit bei den Telegrafenhäusern weitestgehend zu erleichtern. In gleicher Form erfolgte durch diese Gruppe auch die entsprechende Benachrichtigung der zu den Auslandsbriefprüfstellen des OKW kommandierten Amtsangehörigen, die auf Grund der vom Ansatz gegebenen Aufträge die verlangten Briefe photokopierten und dem Amt zuleiteten.

Waren sämtliche Erfassungsstellen informiert und hatte die Hauptabteilung III vom Ansatz die Vollzugsmeldung bekommen, so wurde der Auftraggeber, also in diesem Fall die Abteilung 12, von der Durchführung des Ansatzes und der eingeleiteten Überwachung verständigt. Wenig später, wenn nicht manchmal sogar noch vorher, liefen dort bereits die ersten Ergebnisse ein.

Sichtung

Nur die wenigsten Sachbearbeiter des Amtes, die laufend ihr Material von der Sichtung bei der Hauptabteilung III der Abteilung 5 bekamen, hatten eine Vorstellung von dem komplizierten Aufbau dieser Stelle. Sah man aber die Berge von Erfassungsergebnissen, die täglich hier einliefen, sorgfältig geprüft und schnellstens den zuständigen Referaten zugeleitet werden mussten, so versteht man, dass nur eine bis ins kleinste durchgearbeitete Organisation diese Aufgabe bewältigen konnte. Wurde das Rohmaterial von der Kurier- oder Fernschreibstelle der Sichtung übergeben, so wanderte es zunächst in eine Annahmestelle, die es registrierte, kontrollierte, quittierte und schliesslich den einzelnen Sichtungen zustellte. Während in der Telegramm- und Fernschreibsichtung besonders geschultes Personal die Feinsichtung vornahm, technische Erfassungsfehler weitestgehend ausmerzte und das Material nach Empfängern aufteilte, hatten die Sichtungen für die übrigen Erfassungsarten die Ergebnisse nur grob zu überprüfen und für die Sachreferate auszuzeichnen. Unterlagen, die für mehrere Empfänger bestimmt waren, wurden in der Vervielfältigungsstelle entweder photokopiert oder in besonderen Fällen im sogenannten "T-Büro" umgeschrieben. Ihre Arbeitsrichtlinien bekamen die Sichter von der Sichtungsanweisung, die ihrerseits ihre Hinweise von den Leitreferaten der auswertenden Abteilungen sowie von den Sachbearbeitern der Entzifferungsabteilungen erhielt. Die einzelnen Sichtungen sandten schliesslich das Material an die Verteilungsstelle, die es auf dem Schnellsten Weg den Empfängern zuleitete.

Es hatte lange Jahre gedauert, bis die Sichtung diese Arbeitsform gefunden hatte und vor allem so gut wie fehlerlos arbeiten konnte. Ureprünglich war sie ein Bestandteil der Hauptabteilung V bzw. der Auswertung gewesen, war dann aber nach langen internen Kämpfen aus Zweckmässigkeitsgründen zur Hauptabteilung III gekommen.

Forschungsstellen A

Vor Behandlung der arbeitstechnischen Seite dieses Gebietes erscheint es notwendig, einiges Grundsätzliche zu sagen.

Wie bereits ausgeführt, war ursprünglich aus Gründen der Sicherheit, d.h. zur Ausschaltung jedes denkbaren Missbrauchs von seiten der auftraggebenden Behörden und Persönlichkeiten dem Forschungsamt das Monopol der Fernsprecherfassung übertragen worden mit der Auflage, dass Schaltungen nur von der Post vorzunehmen seien und jeder Auftrag vom Ministerpräsidenten persönlich genehmigt werden müsste. Diese doppelte Auflage wurde vom Forschungsamt im eigensten Interesse stets gewissenhaft erfüllt. Tatsächlich gelang es auch - und nur auf Grund dieser Bestimmungen - mehrfach Versuche führender Persönlichkeiten zur Erteilung rein persönlicher Aufträge mit Erfolg abzuwehren. Das Monopol selbst wurde allerdings insofern bald illusorisch, als es der Geheimen Staatspolizei trotz Gegenwehr des Amtes gelang, eine eigene Fernsprecherfassung durchzusetzen und zu betreiben - z.T. auch in Zusammenarbeit mit der Reichspost.

Man hat also zu unterscheiden zwischen der Fernsprecherfassung des Forschungsamtes für Zwecke der Beschaffung von Nachrichten rein politischer, besonders diplomatischer, wirtschaftlicher und staatsicherheitlicher Art und der der Geheimen Staatspolizei für ausgesprochen sicherheitspolizeiliche und kriminalpolizeiliche Zwecke der Exekutive.

Alle im Reich und in den besetzten Gebieten bestehenden Fernsprecherfassungsstellen führten die Bezeichnung "Forschungsstellen A". Sie belieferten die örtlichen Abnehmer direkt, sandten aber ihre Ergebnisse mit Fernschreiber oder per Post gleichzeitig nach Berlin, wo sie entweder nur informativ verwandt wurden oder aber in gewissen Fällen auch nochmals bearbeitet werden konnten.

In der Blütezeit des Amtes gab es im "Großdeutschen Reich" Stellen in:

Königsberg
Danzig
Litzmannstadt
Kattowitz
Breslau

Stettin
Dresden
Wien
Nürnberg
Nordhausen

München
Stuttgart
Frankfurt/M.
Köln,
Hamburg.

Im Verlauf des Krieges trat das OKW mit der Forderung an das Amt heran, aus abwehrtechnischen Erwägungen heraus auch in den besetzten Gebieten Erfassungstellen einzurichten. Da das Amt aus Mangel an Personal und Geräten diesem Wunsch nicht uneingeschränkt nachkommen konnte, einigte man sich schliesslich auf ein kombiniertes Arbeitssystem. Während das OKW in einer Reihe von Orten die Erfasser stellte, übernahm das Amt dort mit seinem Personal die Leitung und weitere Verarbeitung des erfassten Rohmaterials. Erheblich erleichtert wurde die Inbetriebnahme derartiger Auslandstellen dadurch, dass teilweise fertig eingerichtete durch die Wehrmacht in Besitz genommene Abhörungsbüros bezogen werden konnten, wie z.B. in Paris, Kattowitz und vorher in Wien sowie Prag. Auch in Kopenhagen fand man beim Einmarsch eine in Betrieb befindliche Fernsprecherfassungsstelle vor, liess sie aber in ihrer Arbeit fortfahren. Dabei führte das Forschungsamt die Erfassung durch Parallelschaltungen zu den dänischen Klinken durch. Da das Forschungsamt aber trotz dieser Zusammenarbeit nicht alle Anforderungen befriedigen konnte, unterhielt auch das OKW eigene zivile Fernsprecherüberwachungen - das Monopol für die Beobachtung der Wehrmachtleitungen hatte es ja sowieso - wie z.B. in Belgrad.

In den Jahren 1942/43 existierten in den besetzten Gebieten folgende Forschungsstellen A:

Paris
Bordeaux
Bayonne
Dijon
Lyon

Marseille
Lille
Brüssel
Kopenhagen
Oslo

Drontheim
Higa
Reval
Sofia
Budapest.

Während die ausserhalb Berlins liegenden Stellen in ihrer Organisation in kleinem Mass ein selbständiges Amt mit eigener Auswertung und Kartei sowie selbständigem Verkehr mit den Abneh-

nern darstellte, beschränkte sich die Arbeit der drei Berliner Forschungsstellen A selbstverständlich nur auf die Erfassungstätigkeit. Nachdem anfangs nur zwei Stellen, und zwar A1 und A2, bestanden, die nach sprachlichen Gesichtspunkten aufgegliedert waren, kam 1937 noch eine neue Stelle A3 mit rein weiblichem Erfasserstab hinzu, die lediglich für deutsche, vor allem wirtschaftliche Belange, zuständig war.

Das in der Erfassung beschäftigte Personal musste selbstverständlich sprachlich einwandfreie, ja überdurchschnittliche Kenntnisse aufweisen und wurde jeweils in den Forschungsstellen selbst geprüft und später geschult. Jeder Erfasser hatte 10 - 20 Klinken zu beobachten, wobei er sich strikt an den vom Auftraggeber gestellten Beobachtungsgrund zu halten hatte. Je differenzierter die Begründung gegeben war, umso mehr konnte bei der Erfassung selbst bereits eine Auswertung vorgenommen werden. Besonders wichtig erscheinende Gespräche wurden mit Hilfe eines Stahltonapparats aufgenommen, der aber auch Verwendung finden musste, wenn bei einem Erfasser gleichzeitig zwei wichtige Unterhaltungen zu überwachen waren. Darüberhinaus bestand die Möglichkeit, weitere inhaltreich erscheinende Gespräche auf die Schränke anderer Erfasser umzuleiten. Hiervon wurde auch Gebrauch gemacht, wenn, wie es z.B. oft bei der Beobachtung der Fern- und Durchgangsleitungen der Fall war, Sprachen anfielen, die der Erfasser nicht beherrschte. In den Gesprächspausen übertrug der Erfasser den Wortlaut seiner Stenogramme in Reinschrift oder in die Schreibmaschine und ebenso den Inhalt der aufgenommenen Stahltonbänder. Die Löschung dieser Gespräche durfte erst auf Anweisung von Seiten der Auswertung vorgenommen werden. Besonders wichtig erscheinende Ergebnisse mussten dem Auswerter telefonisch voraus mitgeteilt und danach umgehend in schriftlicher Form über die Sichtung nachgesandt werden. Im grossen und ganzen wählte der Erfasser zur Wiedergabe der Unterhaltung die Form der indirekten Rede; nur in wichtig erscheinenden Fällen und bei schwierigen Dialogen wurde die direkte Rede benutzt.

Forschungsstellen B

Von allen Erfassungsstellen des Forschungsamts konnten die Funk- oder B-Stellen zweifellos die größten und wertvollsten Arbeitsergebnisse erzielen. Nachdem anfangs nur mit Beelitz und dann lange Zeit allein mit den Stellen Gliencke und Templin erfasst wurde, wuchs die Zahl der Funkstellen im Laufe der Jahre - besonders, als während des Krieges auch in den besetzten Gebieten gearbeitet werden konnte - so weit, dass praktisch jeder Sender der Erde im Erfassungsbereich des Forschungsamts lag. In der Blütezeit des Amtes, im Jahre 1943, gab es folgende B-Stellen:

1. im Reichsgebiet:

Templin	Lissa b/ Breslau
Lübben	Eutin
Leba	Köln-Deutz
	Konstanz

2. im Ausland:

Sofia
Plovdiv
Gols am Neusiedler See
Reval
Amsterdam (mit der Empfangsstelle Noordwijkerhout).

Die größten und bedeutendsten B-Stellen waren Templin und Lübben, die in technischer Beziehung mit den modernsten Geräten, wie umschaltbaren Antennen usw. ausgerüstet waren. Das Personal setzte sich z.T. zusammen aus ehemaligen Funkern der deutschen Kriegsmarine, die mit ihrer Erfahrung den Stamm bildeten und im allgemeinen auch die leitenden Posten besetzten, sowie aus eigenen Leuten, die von der deutschen Reichspost im Auftrag des Forschungsamts im Haupttelegrafendienst ausgebildet waren. Die Funker wurden ständig mit den neuesten Methoden auf ihrem Arbeitsgebiet vertraut gemacht und darüberhinaus durch regelmäßige Prüfungen in ihrer Arbeitsweise kontrolliert. Größte Vielseitigkeit musste verlangt werden, denn die Männer hatten nicht nur im Streifenabschreiben mit einer Reihe von Geheimverfahren, die sie lesen können mussten, zu arbeiten, sondern sie wurden auch für die Beobachtung der sogenannten Sonderfunkverkehre wie z.B. den

Agentenfunk benötigt. Selbstverständliche Voraussetzung waren umfassende Sprachkenntnisse.

Für den Beobachtungsdienst waren die Funker zu je 4 Mann in sogenannte Bereiche zusammengefasst, die ein festes Aufgabengebiet zu bearbeiten hatten. Ausser diesem Arbeitsbereich gab es auf jeder Funkstelle noch einen Suchbereich, der sich nur mit der Erfassung und Kontrolle der auf einem bestimmten zur Beobachtung angesetzten Frequenzband festgestellten Sender und Verkehre beschäftigte. Neu festgestellte Geheimverkehre wurden sodann - falls Interesse dafür bestand - den Sonderfunkbereichen zur laufenden Beobachtung übergeben. Da nicht alle im Verkehr befindlichen Sender überwacht werden konnten, wurde nur auf Grund von Schaltbefehlen gearbeitet, die die Funkstellen von der Abteilung 3 des Amtes bekamen. Die Aufnahme aller Maschinensender erfolgte mit Rekordern, deren Ergebnisse Funker und später Funkhelferinnen nach bestimmten Richtlinien abschrieben. Während wichtig erscheinende Sendungen über Fernschreiben an das Amt gegeben werden mussten, erfolgte die Übersendung allen übrigen Materials durch Kurier oder auf dem Postwege. Die Überwachung der Sonderfunkverkehre gestaltete sich besonders schwierig und verlangte von den dort eingesetzten Funkern vollsten Einsatz. Ausser den Leitstellen - also den Hauptfunkorten - mussten nämlich die Gegensender aufgenommen werden, und darüberhinaus war ein ständiges Suchen nach noch unbekannten Nebenstationen notwendig. So hatte mancher "Sonderfunker" ständig drei Empfänger zu bedienen, was selbstverständlich eine ungemein grosse Nervenanspannung darstellte, vor allem, wenn man bedenkt, dass diese Männer zu einem grossen Teil ausserdem die Entschlüsselung der geheimen betriebstechnischen Abkürzungen durchführten, da nur nach deren Lösung der Verkehr vollständig geklärt und erfasst werden konnte. Eine Reihe von B-Stellen war übrigens mit Peilanlagen ausgerüstet, um auch auf diese Weise die Standorte von im Sonderfunkverkehr eingesetzten Sendern feststellen zu können.

Wie auf allen anderen Gebieten der technischen Nachrichtenerfassung machte sich auch hier der Personalmangel, der

durch eine Zentralisierung des gesamten deutschen Nachrichten-
dienstes hätte behoben werden können, sehr nachteilig bemerkbar.

Ausser den durch besondere Anweisungen verlangten Sendungen
wurde im grossen und ganzen regelmässig folgendes Material aufge-
nommen:

1. die gesamten diplomatischen Sendungen, soweit sie als solche
erkennbar waren, also alle diplomatischen-, Minister-, Lega-
tion- und Konsulatsanschriften.
2. Fast alle Sendungen der grossen Nachrichtenbüros wie Agence
Havas, Associated Press, INS, Reuter etc.
3. Alle Nachrichten wirtschaftlicher und wirtschaftspolitischer
Art. Diese wurden im allgemeinen nach besonderen Angaben er-
fasst. Dabei bestand laufend grösstes Interesse am Verkehr
der Wirtschafts- und Handelsorganisationen, der grossen
internationalen Banken, der Versicherungsfirma und an allen Nach-
richten über Handelsvertragsverhandlungen und über den See-
schiffsverkehr.

Forschungsstelle C

Schon frühzeitig hatte sich die Notwendigkeit ergeben, die Erfassung des ausländischen Rundfunks von der des übrigen Funks zu trennen. Zunächst wurde hiermit ausschliesslich die B-Stelle Schönefeld betraut, aber als zu Beginn des Krieges die Abnehmer auch bei der Verwendung dieses Materials höchste Aktualität forderten, musste eine bessere Lösung gefunden werden. Man kam daher auf den Gedanken, die Rundfunksendungen auf einzelnen B-Stellen zwar aufnehmen zu lassen, sie dann aber direkt über Kabel nach Berlin zu senden, wo sie veretürrt und erfasst wurden. So entstand in Berlin die Forschungsstelle C, die ihr Material zunächst von den Funkstellen Templin und Konstanz bekam, später auch den erweiterten Anforderungen entsprechend von anderen B-Stellen, wie Lübben, Eutin und Breslau-Lissa, diese vor allem in der Zeit der Verlagerung des Amtes nach Breslau. Man hatte somit die Möglichkeit, wichtige Ergebnisse unmittelbar nach Erfassung der Auswertung zukommen zu lassen, die die sofortige Weiterleitung an den Abnehmer in die Wege leiten konnte.

Wie bereits im Kapitel "Ansatz" erwähnt, war die Arbeitseinteilung bei der Rundfunk-Erfassung wegen der vielen Änderungen in der Programmgestaltung sowie wegen des häufigen Wechsels im Wichtigkeitsgrad einzelner Sender nicht immer leicht. Die Verteilung der Sender auf einzelne Erfasser war daher nicht generell vorgenommen, sondern die jeweiligen Arbeitsgebiete wurden täglich von neuem durch die Arbeitsbereichsleiter aufgeteilt. Anhand seines Arbeitsplanes verband der Erfasser seinen Kopfhörer zu gegebener Zeit mit der entsprechenden Leitung, durch die seine Sendung kam, und schaltete gleichzeitig ein Magnetophon ein. Erst, wenn das fertige Band vorlag, begann er mit der Niederschrift, die im vollen Wortlaut erfolgen musste, soweit dies wegen atmosphärischer oder anderer Störungen möglich war. Besonders wichtige Sendungen, wie z.B. die Reden bedeutender ausländischer Politiker, wurden auf Platten geschnitten. Da in der gesamten Rundfunk-Erfassung Schnelligkeit der Übermittlung höchstes Gebot war, ging

man teilweise sogar so weit, einzelne wichtige Sendungen von vornherein auf mehrere Erfasser zu verteilen, so dass oft schon der Anfang einer Sendung beim Auswerter war, während der Schlus noch aufgenommen wurde. Um erforderlichenfalls die Aufnahme regulieren bzw. der jeweiligen B-Stelle notwendig werdende Hinweise geben zu können, hatten die Erfasser der C-Stelle die Möglichkeit, sich auf direkten Fernsprechleitungen mit der Aufnahme-Stelle in Verbindung zu setzen. - Auf Grund dieses in jeder Beziehung vorbildlich organisierten Arbeitssystems konnte das Forschungsamt im Vergleich mit anderen Rundfunk-Erfassungsstellen die am besten ausgearbeiteten Ergebnisse in der bei weitem kürzesten Zeit den Abnehmern aushändigen, was von dieser Seite wiederholt anerkennend zum Ausdruck gebracht wurde.

Forschungsstellen D1 und D2

Die Erfassungsarten, für die am wenigsten Personal benötigt wurde, waren die Fernschreib- und Telegramm-Erfassungsstellen, die Forschungsstellen D1 und D2.

Nachdem in den ersten Jahren der Amtstätigkeit Fernschreib-Erfassung nur im beschränkten Maße durchgeführt worden war, musste mit Beginn des Krieges den Forderungen der Wirtschaftsstellen Rechnung getragen und eine verstärkte Beobachtung dieses Nachrichtenmittels vorgenommen werden. So wurden neben den Forschungsstellen D1 in Berlin und Wien eine Reihe weiterer Stellen in Betrieb genommen, es entstanden D1-Stellen innerhalb einiger Forschungsstellen A im Reich und in den besetzten Gebieten. Beobachtet wurden bestimmte Fernleitungen und Einzelteilnehmer, für die von der Auswertung regelrechte Aufträge gestellt werden mussten. Während 99% des gesamten erfassten Materials der Bearbeitung durch die Wirtschaftsauswertung zufiel, wurde der Rest im Rahmen der innerpolitischen Sicherungsarbeit verwandt.- Zur Erfassung konnte Personal ohne Sprachkenntnisse eingesetzt werden, da zur Handhabung der Apparate keine Kenntnisse auf anderem Gebiet nötig waren.

Anders war es dagegen in den Telegramm-Erfassungsstellen, Forschungsstellen D2, die Personal benötigten, das über gewisse sprachliche Kenntnisse verfügen musste. Die Stellen, die innerhalb der Telegrafämter untergebracht waren - in Berlin z.B. im Haupttelegrafenamts - arbeiteten ebenso wie die B-Stellen nach einer Kurznamensliste, die ihnen vom Forschungsamt zur Verfügung gestellt wurde. Nach dieser Liste überprüften die Erfasser sämtliche ihnen vom Telegrafenamts zugeleiteten Telegramme - in Berlin waren es täglich im Durchschnitt 34 000 Inlands- und 8-9000 Auslandstelegramme. Eingearbeitete und gut geschulte Erfasser hatten eine so weitgehende Übung in der Sichtung des Materials, dass sie fast ganz auf die Einsichtnahme der sehr umfangreichen Kurznamensliste verzichten konnten. Von den das Amt interessierenden Telegrammen wurden an Ort und Stelle Kopien hergestellt und durch Kurrier der allgemeinen Sichtung bei der Hauptabteilung II im Amt zugestellt.

Forschungsstellen F

In ähnlicher Form wie die Tätigkeit der bei den Telegrafenhäusern arbeitenden Forschungsstellen D erfolgte die bei den Auslandsbriefprüfstellen des OKW stationierten Forschungsstellen F. Da die Arbeit dort im übrigen ja auch nur kriegsbedingt war, wurden die dortigen Dienststellen verwaltungsmässig auch nicht als eigene Forschungsstellen geführt. Das dort arbeitende Personal galt nur als kommandiert.

Die Briefüberwachung, die ausschliesslich in die Zuständigkeit des OKW fiel, war für das Forschungsamt im grossen und ganzen nur eine Nebenquelle für seine Nachrichtengewinnung.

Entzifferung

Die frühere Abteilung - spätere Hauptabteilung IV, mit den Abteilungen 6 - 9 hatte wohl unangefochten das hinsichtlich seiner Erfassungsergebnisse schwierigste aber auch erfolgreichste Arbeitsgebiet, nämlich die Entzifferung. Aufgebaut war die Abteilung durch 6 Entzifferungsbeamten, die der Preuss. Ministerpräsident bei Gründung des Berechnungsamtes vom Reichswehrministerium angefordert hatte. Durch diese wiederum war in Spezialkursen von mehrere Monaten und durch gleichzeitig praktische Arbeit das Personal ausgebildet worden, das auf Grund einwandfreier Sprachkenntnisse sowie geistiger Qualifikation für das schwierige Gebiet des Deciffrierens geeignet erschien. Es genügt hier also nicht, dass der Sachbearbeiter ein guter Sprachler war, sondern er musste gleichzeitig ein ebenso guter Analytiker sein.

Die Organisation der Hauptabteilung - die Abteilungen waren bis auf eine nach Sprachgebieten gegliedert - hatte folgendes Aussehen:

Abt. 5 = Wissenschaftliche Abteilung

Abt. 7 = Arbeitsgebiet für englisch, spanisch, portugiesisch, orientalischesprechende Länder sowie Asien

Abt. 8 = französisch sprechende Länder sowie Schweiz, Italien und die Niederlande

Abt. 9 = slawische und nordische Länder sowie alle öffentlichen Codes.

Das Material, das von den Funkstellen - es handelte sich um Erfassungsergebnisse von allen Funkstellen der Erde - über die Richtung an die Hauptabteilung IV gesandt worden war, wurde dort in einer eigenen Richtung auf Grund der Funkanschriften an die einzelnen Abteilungen und Referate verteilt. Hier begann sofort die Bearbeitung. Bekannte Codes wurden auf dem schnellsten Weg entschlüsselt und der Auswertung zugeleitet, nicht zu entziffernde Sprüche dagegen blieben beim Sachbearbeiter. Mit Hilfe tausender von Unterlagen und genauestens geführter Code-Bücher wurde mit nie erlassendem Eifer oft jahrelang an der Entschlüsselung gearbeitet, bis entweder ein Erfolg zu verzeichnen war oder aber nach

einer gewissen Zeit festgestellt werden musste, dass die Arbeit vergeblich blieb. Da, vor allem die diplomatischen Codes, zu gewissen Zeiten in ihrem Verschlüsselungsverfahren geändert wurden, erübrigte sich in manchen Fällen die Weiterarbeit von selbst. Besonders bitter allerdings war es für den Bearbeiter, wenn die Änderung kurz vor oder nach der endgültigen Lösung eintrat. Unendliche Geduld waren also neben der geistigen Qualifikation die Hauptforderungen, die an das Personal gestellt wurden.

Der Entzifferer muss, um mit Erfolg tätig sein zu können, über eine genaueste Kenntnis des Wortschatzes der betreffenden Sprache verfügen, insbesondere die Häufigkeit der einzelnen Buchstaben, Silben und Worte beurteilen können, und er muss sämtliche Chiffriersysteme^{*)} und ihre statistischen Auswirkungen beherrschen. Wenn er mit diesen Voraussetzungen an die Arbeit geht und dazu in der Lage ist, die sich im Text ergebenden Erscheinungen richtig zu beurteilen, sowie in vorsichtiger Weise die Gesetze der Wahrscheinlichkeitsrechnung berücksichtigt, so kann er mit einem gewissen Erfolg rechnen. Diese Eigenschaften zu schulen, war die Hauptaufgabe der Ausbilder, bevor der Neuling in die Praxis kam. Dass die Ausbildung - bis auf die vom Reichswehrministerium übernommenen Fachleute war fast nur selbst geschultes Personal tätig - mit vollem Erfolg durchgeführt worden war, zeigt die Statistik. Die Zahl der entzifferten Sprüche nämlich, die sich in der Chi-Stelle des Reichswehrministeriums im Jahre 1932 auf monatlich 200 belaufen hatte, war im Forechungsamt in den Jahren 1943/44 auf monatlich 3000 angestiegen. Natürlich war inzwischen auch die Zahl des Personals vervielfacht - in der Blütezeit des Amtes waren in den 4 Abteilungen rund 240 Personen beschäftigt - aber trotzdem sprach das Zahlenverhältnis für die Güte und den Erfolg der Arbeit. Leider machte sich während des

^{*)} Es gibt z.B. a) Ersatzverfahren: bei ihnen werden die Elemente der klaren Sprache durch entsprechende Geheimelemente ersetzt; b) Versatzverfahren: bei ihnen bleiben die Elemente der klaren Sprache erhalten, ihre natürliche Reihenfolge wird aber verändert, sie werden versetzt; c) Kombinierte Verfahren: bei ihnen werden die Systeme a) und b) kombiniert verwendet; d) Überrechenverfahren: bei ihnen wird der sich aus a), b) oder c) ergebende Geheimtext durch weitere selbständige Operationen (Subtraktion oder Addition von Zahlenreihen, Tauschtafeln usw.) nochmals verändert.

Erregte ein erheblicher Mangel an geeignetem Personal bemerkbar, und vielleicht auf keinem Gebiet des Nachrichtensystems zeigte die Parallelarbeit verschiedener Stellen mit den gleichen Aufgaben so verheerende Folgen wie auf dem der Dechiffrierung. Während mit der Entzifferungsabteilung des Auswärtigen Amtes wenigstens eine leidlich gute Zusammenarbeit bestand - es fand ein häufiger Austausch entschlossener Codes sowie neuer Anregungen und Arbeitshinweise statt - fehlte der Konnex mit der Chi-Stelle des OKW und der des RSHA fast ganz, es sei, dass letztere vom Amt Hilfe beanspruchte, ohne selbst etwas Wertvolles bieten zu können. So wurde oft monats- oder jahrelang von mehreren Stellen unter grösstem Einsatz an ein- und demselben Code gearbeitet, der in einem zentralen Einsatz vielleicht hätte erheblich verkürzt werden können. In den letzten Jahren des Krieges war es bei der übergrossen Materialanhäufung oft nur aus Personalmangel nicht möglich, erfolgversprechende Arbeiten bis zum Ende durchzuführen.

Während der Arbeitsprozess der Abteilungen 7 - 9 keine wesentlichen Unterschiede aufwies und sich auf die reine Dechiffrierung beschränkte, hatte die wissenschaftliche Abteilung eine Reihe von Sonderaufgaben. Zunächst wurde hier das neu eingestellte Personal in seine Aufgaben eingeführt und einer längeren Schulung unterzogen. Sodann war die Abt. 6 mit der Lösung all der Entzifferungsprobleme beschäftigt, die von den drei anderen Abteilungen infolge Zeit- oder Personalmangels neben der aktuellen Arbeit nicht in Angriff genommen werden konnten. Schliesslich arbeitete sie aber auch auf rein technischen Gebiet. So wurden die verschiedenen Hollerith-Maschinen für entzifferungstechnische Statistiken und Berechnungen untersucht und später auch ausgenutzt. Arbeiten, die sonst eine Zeitspanne von zwei Jahren gebraucht hätten, konnten hierdurch nach einem Monat abgeschlossen werden. Auch die verschiedenen Chiffriermaschinen - während des Krieges wurde das alte Chiffriersystem immer mehr durch technische Verschlüsselungsverfahren verdrängt - wurden hier auf ihre Überbarkeit untersucht. Das Amt war zu diesem Zweck stets bemüht, die verschiedensten Systeme und Maschinen

aus dem Ausland zu besorgen. Nebenbei stellte die wissenschaftliche Abteilung auch die für den eigenen Amtsgebrauch bestimmten Chiffreschlüssel auf.

Viel Anregung bekam die Entzifferungsarbeit durch die Möglichkeit der Beschlagnahme von Codes in den besetzten Ländern. Bereits nach dem Einmarsch in Wien konnte die eigene Tätigkeit durch das österreichische Code-Buch von Figl ausserordentlich gefördert werden, das in den Besitz des Amtes kam.

So blieb es nicht aus, dass die Entzifferungsarbeit des Forschungsamtes auf Grund all der geschilderten Momente eine Reihe guter Erfolge zu verzeichnen hatte. Neben der Lösung mehrerer der oft sehr komplizierten Diplomaten-Codes wurde auch der internationale Banken- und Wirtschaftsverkehr ausgiebig beobachtet. Sogar auf rein militärischem Gebiete konnten der Wehrmachtführung wichtige Hinweise gegeben werden. Dem deutschen Afrika-korps z.B. wurden nähere Angaben über die britischen Truppeneinheiten in Afrika mit Standort-Hinweisen gemacht, und das OKM bzw. die U-Bootstelle in Kiel sprach sich wiederholt lobend über die laufend gegebenen Meldungen über Schiffsbewegungen in der Ostsee aus. Sehr erfolgreich war auch die Beobachtung des innerrussischen Funkverkehrs, die aber in ihrer Gesamtheit noch erfolgreicher gewesen wäre, wenn nicht auch hier der Personalmangel so hemmend gewesen wäre.

Als im Jahre 1945 beim Abmarsch des Amtes aus Breslau das gesamte Entzifferungsmaterial bis auf die entschlüsselten Codes vernichtet werden musste, erlitt das deutsche Nachrichtenwesen seinen bis dahin wohl größten Verlust, der aber natürlich einige Monate später noch übertroffen wurde, als kurz vor dem Waffenstillstand nach der Auflösung des Amtes auch die Codes selbst zur Vernichtung kamen.

Grundsätzliches zur Auswertung

Das Gehirn des Amtes, so wurde die Hauptabteilung V, die Auswertung, von vielen genannt. Und wollte man das Forschungsamt mit einem lebenden Organismus vergleichen, so wären es tatsächlich die den Gliedern vergleichbaren Erfassungsgestellen, die alle Nachrichten und Meldungen ins Amt brachten, wo sie schliesslich bei der Auswertung landeten, um dort ihre geistige Verarbeitung und Formgebung zu bekommen. Die Arbeitsweise der Hauptabteilung V war bestimmt durch den für die gesamte Tätigkeit des Forschungsamtes geltenden Faktor, die Einhaltung vollster Objektivität bei der Erstellung von Meldungen. Es war für die Auswerter in vielen Fällen nicht leicht, gerade im aussenpolitischen und wirtschaftlichen Gebiet auf jede eigene Stellungnahme verzichten zu müssen, aber die Forderung nach Objektivität in jeder Form gehörte letzten Endes zu den grundsätzlichen Charakterzügen des Amtes, und nur durch die Befolgung dieser Grundregel konnte seine Unabhängigkeit bis zum Schluss gewahrt bleiben. Jede Kommentierung des Auswerter, die in manchen Fällen zum besseren Verständnis nötig war, musste als dessen geistiges Produkt durch einen besonderen Vermerk kenntlich gemacht sein, so dass der tatsächliche Extrakt der fertigen Meldung inhaltlich nur das enthielt, was durch die Erfassung aufgenommen war. Die Aufgabe der Auswertung bestand also lediglich darin, in der Trennung von Wichtigem und Unwichtigem eine durchgreifende Analyse aller einlaufenden Nachrichten vorzunehmen, auf die nötige Aktualität der zur Bearbeitung kommenden Unterlagen zu achten und die verschiedenen Erfassungsergebnisse in die dem Abnehmer Übersichtlichsste und klarste Form zu bringen.

Bis zur grossen Umorganisation des Forschungsamtes im Jahre 1941 war die Auswertung in zwei Gruppen mit völlig getrennten Arbeitsgebieten aufgeteilt. Während die Gruppe A alles auf technischem Wege erfasste Material zu bearbeiten hatte, erfolgte in der Gruppe B die Auswertung der ausländischen Presse. Hier wurde jeden Tag eine Zusammenstellung aller wichtigen

Pressemeldungen in des sogenannten "Täglichen Pressedienst" vorgenommen, der neben der Aufgabe einer möglichst aktuellen Information archivmäßigen Charakter hatte. So enthielt er z.B. Angaben über die Ankündigung besonderer Ereignisse, Hinweise über neu herausgegebene Bücher politischen oder wirtschaftlichen Inhalts sowie die Personalien aller für die Partei interessierenden Personen. - Nachdem sich im Laufe der Zeit herausgestellt hatte, dass eine vereinigte Auswertung des technischen sowie presse-mässigen Nachrichtenmaterials zweckmässiger sei, wurden die beiden Gruppen bei der Neuaufstellung der Arbeitsgebiete in den nun geschaffenen Auswertungsabteilungen vereinigt. Die Versorgung der Referate mit ausländischen Zeitungen konnte auch während des Krieges über neutrale Länder aufrecht erhalten werden, so dass dem Amt diese Nachrichtenquelle fast bis zum Schluss erhalten blieb.

Die neue Hauptabteilung bestand nach erfolgtem Umbau aus vier Abteilungen, von denen drei, die Abteilungen 11 - 13, für die eigentlichen Auswertungen zuständig waren, während in der vierten, der Abteilung 10, der grösste Teil aller Auskunftsmittel des Amtes zusammengefasst war. Die Unterteilung in Gruppen und Referate regelte sich nach sachlichen Gesichtspunkten. Gemeinsam war den einzelnen Abteilungen jeweils ein Leitreferat, das der organisatorischen und materialmässigen Lenkung diente, sowie die aus Zweckmässigkeitsgründen ihrer Steuerung unterstellte Sachkartei. Die Abteilung 11 bearbeitete das aussenpolitische, die Abteilung 12 das wirtschaftspolitische und die Abteilung 13 das innenpolitische Material. Gemäss der Bedeutung der einzelnen Arbeitsgebiete war die Verteilung der Stellen, also die Zahl der zur Erfassung verfügbaren Fernsprechteilnehmer vorgenommen. Während die meisten etwa zu gleichen Teilen den Abteilungen 11 und 12 vorbehalten waren, rangierte die innenpolitische Abteilung an letzter Stelle.

Aussenpolitische Auswertung

Die Haupterfassungsquelle für die aussenpolitische Auswertung lag jedoch nicht in der Fernsprecherfassung, sondern hauptsächlich in entsifften und klaren Funk- sowie im Draht- und Rundfunkmaterial. Dazu kamen für gewisse Gebiete mit zweitrangiger Bedeutung die von den Auslandsbriefprüfstellen des OKW gelieferten wenigen Fotokopien von Auslandsbriefen und schliesslich die Auslandspresse. Einige Zahlenangaben aus der Zeit des stärksten Einsatzes des Forschungsamtes mögen die unterschiedliche Verarbeitung der einzelnen Erfassungsunterlagen illustrieren:

In einem Monat kamen bei der Abteilung 11 zur Auswertung: 2400 entsiffte Sprüche, 42 000 klare Funk- und Drahtmeldungen, 11 000 Rundfunksendungen, 1400 aus der Fernsprecherfassung stammende Meldungen und ungefähr 150 Zeitungen.

Darüberhinaus spielten die durch Meltschreiber erfassten Meldungen der grossen ausländischen Nachrichtenbüros, vor allem Reuter und Agence Havas, für die Information des eigenen Personals eine hervorragende Rolle. Um grösstmögliche Aktualität zu wahren, wurde dieses Material innerhalb der Abteilung 11 aufgenommen und in Tag- und Nachtschichten ausgearbeitet.

Aufgeteilt war die Abteilung in drei Gruppen mit je drei bis vier Referaten; und zwar war eine Gruppe zuständig für alle britisch sprachigen Gebiete ausserhalb Südamerika, die zweite für Westeuropa, Italien, den Balkan sowie den Nahen Osten und die dritte schliesslich für Skandinavien, die UdSSR und den Fernen Osten. Allen Referaten gemeinsam war ein Arbeitsauftrag, nämlich die Auswertung der bei der Erfassung der jeweiligen diplomatischen und konsularischen Vertretungen anfallenden Meldungen. In mehr oder weniger regelmässigen Abständen wurden den interessierten Stellen Sammelberichte zugeleitet, in denen über die einzelnen Angehörigen dieser Vertretungen alles Wesentliche vermerkt war. Hierbei musste neben den rein sachlichen Nachrich-

ten vom abwehrtechnischen Standpunkt aus auch Wert gelegt werden auf eine möglichst lückenlose Berichterstattung über alle mit ihnen in Verbindung stehende Personen. Sämtliche über das durchschnittliche Niveau hinaus bekannte Einzelheiten kamen umgehend zur Bearbeitung und fanden gegebenenfalls in den späteren Sammelberichten nur noch Erwähnung in andeutender Form. Speziell das OKW war stark an allen Meldungen über die Attaches der drei Waffengattungen interessiert und bekam die in diesem Zusammenhang anfallenden Ergebnisse gesondert zugestellt.

Wesentlich wichtiger aber waren die Ausserungen zur politischen Lage in Gesprächen der Diplomaten untereinander oder mit ihren Ausserministerien. Obgleich den Diplomaten die Fernsprecherfassung bekannt war - sie wurde ja auch nicht nur in Deutschland ausgeübt - und obgleich alle Anweisung hatten, für dienstliche oder allgemein politische Mitteilungen den Chiffre-Weg zu benutzen, wurde, vor allem in Spannungszeiten, erstaunlich viel und anschlussreich über den Draht gesprochen. Während allerdings die Disziplin bei einzelnen Missionen vorbildlich war - die Russen und Japaner sprachen am Telefon kein dienstliches oder politisches Wort, - und auch die Zurückhaltung der Engländer und Amerikaner war recht gut - hielten sich andere, wie z.B. die Italiener, Franzosen, die Vertreter der Balkanländer, Belgier und Holländer so gut wie garnicht an die ihnen für den Fernsprecher auferlegte Schweigepflicht.

Neben diesem Aufgabengebiet, dessen Rohmaterial zum grössten Teil aus der Fernsprech- und Telegrammfassung stammte, kamen all die Nachrichten zur Verarbeitung, die im diplomatischen Funkverkehr erfasst und entziffert werden konnten. Sie waren politisch zum wertvollsten Material zu rechnen, über das das Forschungsamt überhaupt verfügte. Schliesslich wurden auf Anforderung einzelner Abnehmer, hauptsächlich des AA, mehrfach umfangreiche Beurteilungen über bestimmte ausländische Diplomaten erstellt, so wie sie im Spiegel des dem Forschungsamt vorliegenden Materials erschienen. Selbstverständlich

357/52

hatten die Bearbeiter auch bei diesen Berichten peinlichste Objektivität zu wahren und durften lediglich die Ergebnisse als solche sprechen lassen.

Zur Illustrierung der bei Abteilung II erfolgten Auswertung seien im folgenden einige Beispiele angeführt, die gleichzeitig den grossen politischen Wert der FA-Meldungen unter Beweis stellen können:

Aus der Zeit der politischen Hochspannung um die Münchener Besprechungen stammte eine auf der Durchgangsleitung Prag-London erfasste Unterhaltung des tschechischen Ausserministers mit seinem Botschafter in London, Masaryk, in der sich beide in nicht mißzuverstehender Weise abträglich über Eden und Chamberlain aussprachen. Diese Meldung wurde von Hitler bei der zweiten Zusammenkunft mit Chamberlain und Daladier in Bad Godesberg mit dem Ziel der persönlichen Beeinflussung dieser Männer benutzt.

In den spannungsreichen Tagen vor Kriegsausbruch leitete das Amt nicht nur interessante, von ihm erfasste Gespräche des im letzten Augenblick von Göring zur Vermittlung mit England eingesetzten schwedischen Zivilingenieurs Birger Dahlerus weiter sondern konnte auch Stellungnahmen der direkt beteiligten Staatsmänner aufnehmen. - Ein Gespräch zwischen Daladier und dem damaligen französischen Botschafter in Berlin, François-Poncet, unterstrich z.B. den unbedingten Friedenswillen dieser beiden Männer, als sie die Hoffnung zum Ausdruck brachten, dass vermittelnde Verhandlungen letzten Endes noch Erfolg haben könnten. Sir Neville Henderson, der britische Botschafter in Berlin, machte in einer Unterhaltung - offenbar unter besonderer Berücksichtigung der ihm bekannten Fernsprecherfassung - die Äusserung, Hitler werde in einem Meer von Blut untergehen, falls er den Krieg heraufbeschwöre. - Der damalige polnische Botschafter in Berlin bekam von seinem Ausserministerium die Anweisung, etwaige einlenkende Schritte deutscherseits in hinhaltender Form aufzunehmen und bewusst keine Stellung dazu zu nehmen.

Dies sind nur einige Beispiele für die politisch wertvollen Dokumente aus der FA-Arbeit der Vorkriegszeit. Im Übrigen war es eine Folge der strikten Objektivität der FA-Auswertung, dass bis zum Kriegsbeginn ganz überwiegend Nachrichten gegeben werden mussten, die Hitlers Zielen ungünstig oder unerwünscht waren. Es ist damals nicht eine einzige Meldung unterdrückt worden, die die Ernsthaftigkeit der britischen Garantie für Polen und die letztlich doch nicht zu bezweifelnde Bereitschaft Frankreichs, im Kriegsfall an die Seite Englands zu treten, zeigt. Im Auftrag des AA stellte die Abteilung II ca. 2 Wochen vor Kriegsbeginn alle Nachrichten zusammen, die den Schluss nahelegten, dass die USA diesmal wesentlich eher aktiv an die Seite der Westmächte treten würden, als es im 1. Weltkrieg der Fall war. Ausgangspunkt war eine Äußerung des britischen Botschafters Henderson, der zu einem Kollegen sagte, diesmal würden die Amerikaner schon nach 14 Tagen marschieren. Die Ausarbeitung wurde Hitler und Ribbentrop persönlich vorgelegt; ob sie von Beiden gelesen wurde, ist dem Forschungsamt nicht bekannt geworden.

Der Wert der aussenpolitischen Nachrichtenerfassung stieg naturgemäß während des Krieges noch um ein Vielfaches. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang lediglich ein Gespräch des finnischen Gesandten in Paris, Holmar, mit seinem Außenminister in Helsinki, in dem er Mitteilung von einem Besuch bei Reynaulds machte und ausführte, dieser habe ihm von einer Information Churchills Kenntnis gegeben, wonach die britische Flotte in Kürze zur Besetzung Norwegens auslaufen solle.

Von Interesse dürfte es in diesem Zusammenhang sein, einige Bemerkungen über die aussenpolitische Arbeit des Forschungsamtes wiederzugeben, die dem Buch des amerikanischen Journalisten Louis P. Lochner: "Goebbels Tagebücher" (erschienen im Atlantis-Verlag, Zürich) entnommen sind.

Danach hat Goebbels am 28.4.42 geschrieben:

"Zwei Herren vom Forschungsamt melden sich bei mir zu einem Vortrag über die Arbeit des Forschungsamtes. Diese ist sehr umfangreich, bedient sich aller modernen technischen Hilfsmittel und holt doch allerhand aus dem

feindlichen Nachrichtendienst an Geheimmaterial heraus. Vor allem ist es gelungen, die meisten gegnerischen Codes zu entsiffern, so dass wir heute zum Teil den Telegrammverkehr zwischen Ankara und London oder Moskau und London überwachen können. Wir werden in Zukunft die Ergebnisse dieser Arbeit regelmäßig vorgelegt. Man kann daraus eine ganze Reihe von wichtigen Schlüssen ziehen. Allerdings muss diese Arbeit ausserordentlich geheim gehalten werden, da sie sonst in ihrer Wirkung verpufft. Die Engländer arbeiten übrigens auf diesem Gebiet ausserordentlich unverzüglich. Hoffentlich ist das nicht auch in unserem Geheimverkehr der Fall; denn wenn die Engländer von uns genau das wissen, was wir von ihnen wissen, dann könnte das sehr schlimme Folgen haben."

Unter dem 11.12.42 ist zu lesen:

"Ich lese eine ausführliche Denkschrift des Forschungsamtes über den Fall Darlan, in dem der Verrat dieses französischen Admirals von seinen ersten Anfängen an geschildert wird. Die Denkschrift legt ganz eindeutig dar, dass Darlan zum Zwecke des Abbringens nach Nordafrika abgehauen ist und die Krankheit seines Sohnes nur einen Vorwand darstellte. Man kann vielleicht sogar aus den Unterlagen entnehmen, dass Pétain mit ihm unter einer Decke steckt. Das ist aber nur zu vermuten, nicht zu beweisen."

Am 11.3.43 schreibt der Minister:

"Mir wird eine Ausarbeitung des Forschungsamtes vorgelegt, in der ein Bericht des türkischen Botschafters in den USA enthalten ist. Dieser Bericht strotzt von Angst und Sorge um das Anwachsen des Bolschewismus, nicht nur aus militärischem, sondern auch auf propagandistischem und politischem Felde. Man kann diesem Bericht entnehmen, dass der sowjetische Appetit in der Türkei grösste Bestürzung hervorgerufen hat. Jedenfalls bin ich mir jetzt darüber klar, dass in der antibolschewistischen Propaganda unsere grösste Chance gelegen ist."

Am 18.4.43 heisst es u.a.:

"Aus einem Geheimbericht des Forschungsamtes entnehme ich, dass die schwedischen Zeitungen sich mit Händen und Füssen dagegen gesträubt haben, die Berichte ihrer in Berlin tätigen Journalisten überhaupt zu veröffentlichen. Man sieht daran wieder, wie wenig neutral Schweden eigentlich ist."

Vom 22.4.43 stammt folgende Bemerkung:

"Einem abgehörten Telefongespräch entnehme ich übrigens, dass die Frau unseres Botschafters Abetz sich in einer sehr leichtsinnigen Weise französischen Politikern

gegenüber aussert. Sie ist eben Französin. Ein Beweis dafür, dass Diplomaten nur in der eigenen Volksfamilie heiraten dürfen."

Am 23.4.43 erklärt Goebbels:

"Aus Berichten des Forschungsamtes entnehme ich, dass die Rumänen durchaus nicht so begeistert von der Zusammenkunft auf dem Obersalzberg gewesen sind, wie wir uns das vorstellten. Man vermisst doch ein klares Ziel der deutschen Politik und Kriegführung. Vor allem scheint hier Michail Antonow an Werke zu sein. Er ist ein sehr unsicherer Kantonist. Ich lese einen diplomatischen Bericht über eine Unterredung mit ihm in der er betont, dass die Italiener über seine Ziele und Pläne genau im Bilde seien. Es macht hier den Anschein, als wenn Bastianini ein etwas unklares Spiel triebe."

Und am 26.5.43 heisst es schliesslich:

"Aus Abhörberichten des Forschungsamtes bekomme ich nähere Nachrichten über die Mentalität des Roosevelt-Botschafters Davies, der sich augenblicklich in Kuybyschew aufhält. Danach handelt es sich bei ihm um einen überzeugten Sowjetfreund, der um so penetranter wirkt, da er aus hochkapitalistischen Kreisen stammt, eine schwere Millionenheirat gemacht hat und jetzt nichts anderes als eine Karriere sucht. Er ist ein gefährlicher Ignorant, der für eine klar erkannte, realistische Politik schweren Schaden anstiftet. Wir müssen in ihm eine Art Salonbolschewisten erkennen. Diese Salonbolschewisten sind mit dem Bibelwort zu bedenken, dass man ihnen vergeben möge, denn sie wissen meistens garnicht, was sie tun. Es ist reichlich naiv, wenn Davies in seinen Gesprächen mit Diplomaten in Kuybyschew der Meinung Ausdruck gibt, dass Stalin ohne jede territorialen Wünsche Krieg führe. Man wird wahrscheinlich im Kreml ein homerisches Gelächter über diesen dilettantischen USA-Diplomaten anstimmen."

Wirtschaftspolitische Auswertung

Neben dem aussenpolitischen Material fanden in Abnehmerkreisen die Meldungen wirtschaftspolitischen Charakters stärkste Beachtung und Verwendung; ja, man kann wohl sagen, dass dieses Gebiet das bei weitem wertvollste und fruchtbarste war. Im Lauf des Krieges hat die Wirtschaftsauswertung mengen- und wertmässig die Erzeugnisse aller anderen Auswertgebiete bei weitem überflügelt. Der Kreis der belieferten Stellen erweiterte sich im Lauf der Zeit - besonders während des Krieges - um ein Vielfaches, und so waren natürlich auch die Aufgaben und Anforderungen, die an die wirtschaftspolitische Auswertung gestellt wurden, ausserordentlich mannigfaltig. Entsprechend dem Wert, der dem vom Forschungsamt gelieferten Material beigemessen wurde, war auch der gegenseitige Informationsaustausch mit den belieferten Stellen ausserordentlich rege. Zahlreiche Stellungnahmen führender Wirtschaftsstellen zeugten von dem starken Interesse, mit dem die Meldungen aufgenommen wurden und unterstrichen vor allem den rein materiellen Wert der Nachrichten. Mehr als einmal konnte der Leiter der Verbindungsstelle zum Reichswirtschaftsministerium die Versicherung entgegennehmen, dass durch die rechtzeitige Belieferung mit Meldungen des Forschungsamtes dem Staat Millionen von Reichsmark erspart worden seien.

Der organisatorische Aufbau der Abteilung 12, die für die wirtschaftspolitische Auswertung zuständig war, hatte folgendes Aussehen: Die Gruppe A hatte verschiedene Arbeitsgebiete, die in keinem inneren Zusammenhang standen. Hierzu gehörten das Leitreferat, das Referat Deutschland, die Bearbeitung aller rüstungstechnischen Fragen und der Schwerindustrie, das Verkehrswesen, das Banken- und Versicherungswesen sowie alle Handelsverträge. Die anderen beiden Gruppen waren übersichtlicher aufgegliedert. Während die Referate der Gruppe B auf reiner Länderbasis aufgebaut waren und die aktuellen Meldungen bearbeiteten, wurden in der Gruppe C die verschiedenen Produkte der Weltwirtschaft einer genauen Untersuchung und Bearbeitung unterzogen, angefangen von Mineralöl und Kautschuk über N.E.-Metalle, tierische Erzeugnisse

bis zu Holz, Papier, Steinen und Erden.

Die Hauptaufgabe der Auswertung lag weniger in der Übermittlung von Zufallsergebnissen als vielmehr in einer systematischen Belieferung des Materials zur Steuerung und Lenkung der Wirtschaftspolitik. Neben einer grundsätzlich laufenden Unterrichtung über alle vorliegenden wirtschaftlichen Probleme in weitestem Rahmen wurden konkret gefasste Wünsche der Abnehmer berücksichtigt und in den meisten Fällen auch befriedigt. Die wichtigsten Nachrichtenquellen waren offenes und chiffriertes Funkmaterial sowie in gewissen Sparten die von den Auslandsbriefprüfstellen des OKW gelieferten Briefe. Während die Bedeutung der aus der Telefonerfassung stammenden Meldungen im Lauf der Zeit immer mehr abnahm, spielte die Auswertung ausländischer im Reich verbotener Fachzeitschriften während des Krieges eine grössere Rolle. Die zunehmenden Reibungen innerhalb der zentral gesteuerten Kriegswirtschaft machten darüberhinaus eine weitgehende Auswertung aller aus der Fernschreib-Beobachtung stammenden Meldungen notwendig. In vielen Fällen konnten leitende Stellen hierdurch Kenntnis bekommen von in der deutschen Rüstungswirtschaft aufgetretenen Störungen, deren Beseitigung durch bürokratische Machenschaften unmöglich gemacht war, so dass von zentraler Stelle aus Gegenmaßnahmen ergriffen werden konnten. Auch das Reichsverkehrsministerium bekam durch die Verarbeitung gerade der Fernschreibergebnisse ein direktes Bild aller sich ergebenden Schwierigkeiten und konnte entsprechende Schritte unternehmen.

Für die Kriegsführung von grösster Bedeutung war das aus dem innerrussischen Funkverkehr aufgenommene Material. Eine systematische Erfassung fand allerdings erst von den Jahren 1942/43 ab statt, weil bis dahin wegen Personal- und Apparaturmangels kein grösserer Ansatz möglich gewesen war. Schon in den letzten Phasen des Krieges konnte man aber überschauen, dass eine rechtzeitige, vielleicht schon im Frieden erfolgte Schwerpunktverlagerung auf dieses Gebiet zu weit besseren Ergebnissen geführt hätte. Das Hineinfinden in das Netz und die Funksysteme machte eine zu lange Anlaufzeit notwendig, als dass innerhalb von 2 - 3 Jahren hundertprozentige Erfolge möglich gewesen wären. Auch für die Entzifferungsarbeit auf diesem Gebiet wäre ein frühzeitigeres Einschalten

in dieses Gebiet bestimmt von grossem Wert gewesen, weil zahlreiche Informationen erst im Laufe des Krieges verschlüsselt gegeben wurden, die vorher im Klartext erschienen waren. Von ca. 100 000 täglichen Sprüchen in diesem Verkehr wurden in der besten Zeit des Forschungsamtes ca. 20 000 erfasst und ausgewertet.

Verhältnismässig gering war die Ausbeute auf dem Gebiet des Geldverkehrs. Wohl erfolgte eine Belieferung der Reichsbank und anderer Stellen mit Meldungen über die ausländische Finanzlage, aber der hier gegebene Rahmen blieb verhältnismässig klein. Auch die Versorgung des Reichsfinanzministeriums mit Meldungen war von nebenegeordnetester Bedeutung.

Sehr erfolgreich war die Arbeit des Forschungsamtes auf dem Gebiet der Mineralöl-Wirtschaft, wo den maßgeblichen Stellen sehr aufschlussreiche und wertvolle Informationen gegeben werden konnten. Auch die rüstungstechnischen Ergebnisse fanden bei den Abnehmern stärksten Anklang. Schliesslich muss noch die prompte und einwandfreie Berichterstattung des Amtes im Zusammenhang mit dem grössten Teil aller Handelsvertragsverhandlungen Erwähnung finden, die ebenfalls von den beteiligten Stellen vollste Würdigung fand. So konnten durch die Arbeit des Forschungsamtes besonders günstige Abschlussresultate mit ausländischen Handelsvertragspartnern erzielt werden und ebenso erhebliche finanzielle Vorteile für die deutsche Volkswirtschaft. Auch die auf Stunden genau übermittelten Preise für eine Unzahl von Waren auf dem Auslandsmarkt und den verschiedenen Handelsplätzen der ganzen Welt brachten ungeheuren Nutzen. Da die Wichtigkeit dieser Nachrichten von den betreffenden Wirtschaftsstellen voll anerkannt wurde, bemühten sich diese, auch stets den Sachbearbeitern des Amtes weitgehende Informationen zukommen zu lassen.

Innenpolitische Auswertung

Die Abteilung 13, Innenpolitik, die kleinste der Hauptabteilung V, zeigte in ihrem Aufbau nicht die gleiche klare Linie, wie dies bei den beiden anderen Auswertungsabteilungen der Fall war. Während reinusserlich die Aufteilung auch hier in drei Gruppen mit etwa 4 - 5 Referaten vorgenommen war, fehlte im Gegensatz zu den anderen die organische Zusammengehörigkeit zwischen den einzelnen Gruppen, die folgende Arbeitsbereiche hatten: "Staatsicherheit", "Überstaatliche Gruppen" und "Presse und Propaganda". Wohl waren diese Aufgabengebiete unter dem Stichwort Innenpolitik zu vereinen, aber während die Gruppe A zum grossen Teil nur abwehrentechnisch eingesetzt wurde, waren die Meldungen der Gruppen B und C im grossen und ganzen rein informatorischer Art für Belange der Staatsführung und der Propaganda. Die Hauptefferfassungsergebnisse lieferten die Rundfunk- und Fernsprecherfassung; Funk- und Drahtmaterial sowie Ergebnisse aus dem Gebiet der Briefüberwachung hatten nebensächliche Bedeutung. Letztere kamen lediglich in periodisch sich wiederholenden Berichten über die Lage der ausländischen Arbeiter, ihre Misse und die anfallenden Missestände zur Bearbeitung. Neben einer Reihe von einzelnen Beobachtungen aus Gründen der Staatsicherheit, wie z.B. die des früheren Gauleiters von Franken, Streicher, mit seiner gesamten Gauleitung, des früheren Oberpräsidenten von Brandenburg, Kube, der britischen Verehrerin Hitlers, Lady Mitford, des früheren Adjutanten Hitlers und späteren Generalkonsuls in San Franzisko, Wiedemann, und der mit ihm in Verbindung stehenden Prinzessin Hohenlohe, der früheren Filmschauspielerin Lida Baarova, kamen vor allem die Berichte und Meldungen der ausländischen Pressevertreter und Diplomaten über innenpolitische Ereignisse, wie Reichstagsitzungen, Parteiveranstaltungen, Reden von Staats- oder Parteiführern sowie Kommentare über die deutsche Wehrmacht zur Bearbeitung. Schliesslich waren eine Reihe von abwehrentechnischen Aufgaben zu erledigen, wie z.B. die Beobachtung der aus wirtschaftlichen Gründen überwachten Fernschreibleitungen auf unvorsichtige und leichtfertige Äusserungen über geheim zu haltende Dinge der Industrie, wie Produktionsziffern, Rohstoffengpässe

sen und anderen Schwierigkeiten. Eine Sonderbearbeitung erfuhr in diesem Zusammenhang die Überwachung sämtlicher Fernsprech- und Fernschreibleitungen der Versuchstation Peenemünde und später der WIFO in Nordhausen. Hier wurden aus den obenangeführten Gründen alle erfassten Gespräche in möglichst ausführlicher Form wiedergegeben. Für die Dauer des Krieges erfolgte eine besondere Auswertung aller Meldungen über die militärische Lage, aber selbstverständlich konnten diese Nachrichten niemals aktuellen Wert haben. Sie waren im Rahmen der Aufgaben der Abteilung 13 oft nur soweit von grösserer Bedeutung, als in einem oder anderen Fall die jeweiligen Berichte als charakteristisch für ihre Verfasser angesehen werden konnten. - Der bei weitem grösste Materialanfall lag jedoch bei der Gruppe C, die sich auch in ihrer Berichtsform teilweise grundsätzlich von der der beiden anderen Gruppen unterschied. Da waren zunächst die vielen hauptsächlich aus der Fernsprecherfassung stammenden täglichen Berichte und Unterhaltungen der Auslandskorrespondenten, die nach drei Gesichtspunkten ausgewertet werden mussten. 1.) Feststellung der Verbindungen, um über die Informationsquellen klarsehen zu können; 2.) Beobachtung des Nachrichtenaustauschs untereinander und 3.) Abstimmung und Vergleich der Korrespondentenberichte mit den später in den Zeitungen erschienenen Artikeln. In mehr oder weniger regelmässigen Abständen wurden darüberhinaus Einzelberichte zur Charakteristik der jeweiligen Pressevertreter erstellt. Eine Überwachung deutscher Journalisten fand übrigens niemals statt. In einer täglichen Zusammenstellung wurden einzelnen Abnehmern lediglich die Schlagzeilen der deutschen Nachrichtenbüros, wie DNB und Transocean zur Information zugeleitet.

Das Hauptarbeitsgebiet der Gruppe C lag aber fraglos in dem "Täglichen Lagebericht" über die Tendenzen und Mittel der Auslandspropaganda. Täglich ca. 1000 Blatt Rundfunk- und Pressmaterial mussten zu diesem Zweck in einem Bericht von etwa 3 Schreibmaschinenseiten komprimiert werden. Um dieses interessante, aber etwas unklar erscheinende Arbeitsgebiet etwas näher zu beleuchten, sei im folgenden noch darauf hingegangen. Die Methodik der Auswertung berücksichtigte zwei grundlegende Gesichtspunkte

nämlich die Beobachtung der Propagandameldungen, 1. vom Standpunkt des Urhebers aus - also, des Senders oder der Agentur - und die 2. vom Standpunkt des Empfängers, also vom Angesprochenen, aus. Im Fall 1) erfolgte zunächst eine Untersuchung nach Häufigkeit und Breitenentwicklung der Tendenzen. Sodann wurden Vergleiche über die Tendenzen innerhalb der verschiedenen Sprachgebiete sowie Vergleiche der verschiedenen Nationalitäten angestellt, es wurde der Versuch gemacht, den Ursprung einer bestimmten Tendenz festzustellen; die Aufmachung einer Meldung in Presse und Rundfunk, also die russere Propagandaform fand Berücksichtigung, kurz jedes Detail, das für die Meldung als solche charakteristisch erschien, wurde hervorgehoben. Daneben stand - wie schon bemerkt - die Auswertung der Tendenz im Hinblick auf bestimmte in der Propaganda angesprochene Personen oder Berufsgruppen, einschliesslich der bereits von vornherein von den Sendern einkalkulierten Gegenargumenten mit ihren Er widerungen.

Aber nicht nur diese Lageberichte, sondern auch Einzelthemen aus dem Gebiet der ausländischen Gegenpropaganda gehörten zu den Aufgaben dieser Gruppe, wobei es einer besonderen Geschicklichkeit bedurfte, auch hier der Forderung nach Objektivität nachzukommen. Auch diese Arbeit durfte nie den Charakter einer richtungsgebenden Anweisung, ja nicht einmal einer Empfehlung annehmen und musste streng sachlich an die Unterlagen gebunden bleiben.

Archive und Auskunftsmittel

Von den Auskunftsmitteln des Amtes waren fraglos die Sachkartei und das dazugehörige Sacharchiv das Bedeutendste. Nach Grösse, Inhalt und Aufbau müssen sie zusammen mit der Personenkartei zu dem vorbildlichsten Auskunftswerk gerechnet werden, das in Deutschland in nachrichtentechnischer Hinsicht jemals existiert hat und als solches von den belieferten Behörden, vor allem vom AA und vom Reichswirtschaftsministerium besonders anerkannt und ständig benutzt wurde.

Schon zu Beginn der Tätigkeit des Forschungsamtes kristallisierte sich klar die Forderung nach einem schlagkräftigen Auskunftsinstrument heraus, ohne das eine hochwertige aktuelle Nachrichtenarbeit nicht denkbar war. Da es aber hierfür keinerlei Vorbild oder andere schon existierende Auskunftsquellen gab, musste dem Aufbau dieses Instruments vom ersten Tag an besondere Beachtung geschenkt werden. In allen Arbeitsparten war man daher bestrebt, diesem Gebiet möglichst viel und hochwertiges Material zukommen zu lassen. So hatten nicht nur die Auswerter die Aufgabe, jede nicht für eine Weiterleitung an auswärtige Stellen geeignete Meldung für den Hausgebrauch zu verarbeiten, mit anderen Worten also, der Kartei und dem Archiv zur Verfügung zu stellen, sondern auch die Leiter der Verbindungsstellen bei anderen Behörden versuchten auf ihrem sonst dem Forschungsamt nicht zugänglichen Arbeitsgebiet möglichst viel geeignetes Material für Archivzwecke zu sammeln.

In der Personenkartei fand nicht nur jede in der Auswertung verfasste Meldung Bearbeitung, sondern darüberhinaus auch alles für eine Archivierung bestimmte Material anderer Art. Karteimässig erfasst wurden alle Namen von Personen, die Bedeutung hatten oder erlangen konnten. Zur Vervollständigung der Karten bekannter Persönlichkeiten des In- und Auslandes wurden Sachschlageverzeichnisse wie etwa "Munzingers Archiv" oder "Who is who" verwandt.

Die Sachkartellen arbeiteten nach einer 1935 geschaffenen bis ins kleinste entwickelten Zahlensystematik, die alle Aufteilungsmöglichkeiten berücksichtigte, die die FA-Arbeiten überhaupt

zuliess. Mit Hilfe dieser Kartei bestand die Möglichkeit, politische und wirtschaftliche Vorgänge jeder Art in übersichtlicher Form festzuhalten und eine schnelle Auskunftserteilung zu gewährleisten. Auch hier konnten die jeweiligen Angaben naturgemäss nur stichwortartig vermerkt werden, aber da das Nachrichtenarchiv nach der gleichen Systematik aufgeteilt war wie die Sachkartei, bedurfte es nur eines weiteren kleinen Schrittes, um sich gegebenenfalls über die kleinsten Einheiten eines Vorgangs informieren zu können.

Neben dem Personen- und Nachrichtenarchiv bestand schliesslich ein gross angelegtes Pressearchiv, in dem chronologisch eine Reihe deutscher und ausländischer Zeitungen, Zeitschriften und Agenturberichte aus der ganzen Zeit des Bestehens des Forschungsamtes lückenlos gesammelt war. Auch dieses Archiv stellte in auskunftstechnischer Hinsicht eine Fundgrube dar, wie sie sonst wohl nur selten existierte.

Die Zentralstelle für alle sich in der Amtsarbeit ergebenden Fragen war die sogenannte "Auskunft". Nachschlagewerke über die arbeitsrechtliche Stellung des Personals so gut wie Verzeichnisse über die Drahtanschriften im Funkverkehr standen dem Anfragenden zur Auskunftserteilung zur Verfügung. Machte die Klärung der einen oder anderen Frage ein längeres Studium bestimmter Bücher nötig, so wurden sie dem Interessenten genannt, der sie sich aus der Bücherei entleihen konnte. Hier fand sich eine bedeutende Sammlung politischer, geschichtlicher und vor allem wirtschaftlicher Werke des In- und Auslandes, die es den Bearbeitern gestatteten, über jedes im Nachrichtenwesen auftauchende Thema genügend Informationsmaterial zusammenzustellen, um dem späteren Abnehmer des jeweiligen Berichtes von vornherein möglichst jede weitere Klärungsarbeit zu ersparen. Die Bücherei war nach der gleichen Systematik aufgegliedert wie die Karteien und das Archiv, so dass ein Sachbearbeiter in kürzester Zeit alles für Sammlerarbeiten oder Spezialaufträge im Amt vorhandene Nachschlagematerial beieinander haben konnte.- Dass auch eine grosse Auswahl politischer, geschichtlicher, naturwissenschaftlicher und anderer guter Unterhaltungsbücher zur Verleihung kam, sei hier nur am Rande vermerkt.

Schliesslich muss noch auf die in dieser Abteilung befindliche sogenannte "Übersetzungsstelle" hingewiesen werden, die mit einer Reihe guter Sprachkennner besetzt war. Sie stand all denen zur Verfügung, die längere fremdsprachliche Texte aus Presse, Funk, Draht oder Briefen zu bearbeiten hatten, sich aber aus zeitlichen Gründen mit der genauen Übersetzung nicht abgeben konnten. Diese Übersetzungsstelle wurde nicht nur von Angehörigen der Hauptabteilung V in Anspruch genommen, sondern arbeitete für sämtliche Sachabteilungen des Forschungsamtes.

Entstehung der "Braunen Blätter"

Im Zusammenhang mit der Organisation der Auswertung sei nunmehr auf die Auswertetechnik etwas näher eingegangen. - Sobald das Rohmaterial beim Auswerter eingelaufen war, wurde es zunächst auf den Inhalt überprüft, um besonders eilige und wichtige Nachrichten umgehend bearbeiten zu können. Meldungen, die eine sofortige Kenntnisnahme des Auftraggebers erforderten, wurden über den Gruppen- oder Abteilungsleiter auf Spezialleitungen telefonisch der jeweiligen Verbindungsstelle übermittelt, die ihrerseits den zuständigen Sachbearbeiter informierten. Betrafen dringende Mitteilungen die örtlichen Auftraggeber auswärtiger Forschungsstellen, so wurden sie dieser mit entsprechenden Anweisungen über Fernschreiber zugeleitet. Nachrichten ohne erhöhten Dringlichkeitsgrad konnten je nach Inhalt sofort bearbeitet werden oder wurden für Sammelberichte zurückgehalten, in denen Material aus einer längeren Periode zur Verarbeitung kam.

Da grundsätzlich nur Meldungen an den Abnehmer gehen durften, die bis zur letzten Möglichkeit verständlich waren, hatte der Auswerter zunächst die Aufgabe, alle Unklarheiten weitestgehend zu beseitigen. Je nach Art der Erfassung handelte es sich hierbei um bestimmte Formen der Klärung; bei der Fernsprecherfassung z.B. waren es hauptsächlich die phonetisch erfassten Namen oder Begriffe, bei entzifferten Meldungen verstümmelte Worte, falls die eine oder andere Codegruppe noch unbekannt war. Nachfragen wurden in einigen Fällen telefonisch, in anderen auf besonderen Formblättern schriftlich bei der Auskunft gestellt, die von sich aus bei der Bearbeitung aller Fragen sämtliche anderen Auskunftsmittel des Hauses zu Hilfe nehmen musste.

Nach Beendigung dieser Vorarbeiten wurde der Text auf Matrizen geschrieben. Um die Objektivität auch nach aussen hin weitgehend zu wahren, mussten grundsätzlich alle erfassten Gespräche und Mitteilungen in der Form der indirekten Rede wiedergegeben werden, ohne dass hierbei der Inhalt verändert werden durfte. Alle Zusätze des Auswerters, wie etwa Ermittlungsergebnisse oder Hinweise anderer Art waren als solche besonders kenntlich zu machen. Nur,

wenn der Auswerter vollste Sicherheit über die Richtigkeit seines Zusatzes hatte, wurde dieser ohne Einschränkung gegeben. In allen anderen Fällen distanzierte er sich durch die Verwendung der Worte: (FA: offenbar) oder (FA: vermutlich ...) oder (FA: vielleicht...) je nach dem Wahrscheinlichkeitsgrad abgestuft. Jeder in seiner Schreibweise nicht festliegende Name musste durch ein dahintergesetztes eingeklammertes Fragezeichen kenntlich gemacht werden. Lag im Rohmaterial ein Gespräch oder eine Nachricht in der Urform, also in direkter Fassung vor, und hielt der Auswerter diese Form der Wiedergabe für zweckmäßig, so wurde sie gelegentlich auch in der verarbeiteten Meldung gebracht. Andererseits entfiel die Verwendung der indirekten Rede, sobald die Auswertung die Aufgabe hatte, über bestimmte komplexe Sammelberichte zu erstellen. Hier wurden lediglich charakteristische Stellen in indirekter oder direkter Form zitiert. In jedem Fall aber war bei der Verarbeitung des Nachrichtennaterials darauf zu achten, dass der Leser einer Meldung sich möglichst kein Bild von der Erfassungsart machen konnte, von der die Nachricht stammte.

Nach der Meldung geschrieben, so ging sie zusammen mit den verarbeiteten Unterlagen einschliesslich den Auskünften aus Archiven und Karteien über den Referats- und Gruppen- bis zum Abteilungsleiter, ja in besonderen Fällen bis zum Hauptabteilungsleiter, die sämtlich die Arbeit auf ihre Richtigkeit und vor allem Objektivität prüften. Die Abteilungs- oder Hauptabteilungsleiter bestimmten nach den ihnen vorliegenden Richtlinien die Verteilung der Meldungen an die jeweiligen Abnehmer. Erst danach und nach der namentlichen Abzeichnung auf der Matritze wurden Unterlagen und Meldungen getrennt. Die Unterlagen gingen zum "Geheimen Nachrichtennachweis" (GNN), wo sie chronologisch nach der zu der jeweiligen Meldung gehörenden laufenden Nummer archiviert wurden. Die Matritzen kamen zur Vervielfältigung und von dort ebenfalls zum GNN. Während die für den internen Hausgebrauch bestimmten Abzüge auf gelbem Papier hergestellt wurden, musste für die Abnehmer braunes Papier verwendet werden. Die so oft erwähnten "Braunen Blätter" waren fertig und kamen unter besonderer Sicherung auf dem Kurierweg oder durch

Rehrpost zur Verteilung. Mit der Auslieferung dieser Meldungen hörte die Verantwortlichkeit des Amtes für die weitere Verwertung der Nachrichten auf und auch später erhielt es niemals Kenntnis von den aus den Ergebnissen gezogenen Folgerungen.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Nachrichtenschule

Ein nie ganz zur Zufriedenheit gelöstes Problem in der Gesamtarbeit des Amtes war die Ausbildung der Spezialisten. Da es für die Arbeit in einem technischen Nachrichtenamt, wie es das Forschungsamt darstellte, kein Vorbild in Deutschland gab, also auch keine gelernten Fachkräfte eingestellt werden konnten, war es die Aufgabe der einzelnen Hauptabteilungen, ihr Personal so weit zu schulen, dass es voll einsatzfähig war. Diese Art der Ausbildung hatte natürlich den Nachteil, dass einerseits oft die Belastung der Sachgebietsbearbeiter hierdurch unerträglich groß wurde, und dass zum anderen Neulinge, die sich für das eine oder andere Gebiet nicht eigneten, wie während der Ausbildung festgestellt werden musste, durch ihre Mitarbeit in den Referaten bereits so viel Kenntnisse über geheim zu haltende Dinge erworben hatten, dass man sie aus Geheimhaltungsgründen nur ungern wieder anderweitig einzusetzen versuchte. Die Forderung nach einer allgemeinen Ausbildungszentrale für alle Sachgebiete im Amt wurde im Lauf der Zeit daher immer dringender.

Hier machte nun die Hauptabteilung V den Anfang durch Schaffung einer Auswerter-Schule, die vollkommen getrennt von den auswertenden Abteilungen arbeitete. Da bei ihrer Einrichtung allerdings kaum noch mit der Einstellung neuer Bearbeiter gerechnet werden konnte - der Krieg ging bereits seinen Endstadium entgegen - wurde diese Schule zunächst nur in ihrer zweiten sehr wesentlichen Aufgabe ausgenutzt, nämlich der Schulung und sachlichen Förderung der Auswerter in der Zentrale und vor allem der auf den Forschungsstellen A Tätigen, die im allgemeinen nicht aus der Auswertung des Amtes selbst, sondern aus der Kartei kamen. Ebenso waren laufend Fortbildungskurse für die Dienststellenleiter der Forschungsstellen A geschaffen worden, da diese in der Lage sein mussten, die Arbeit der bei ihnen tätigen Auswerter überprüfen zu können, selbst aber auch keine entsprechende Vorbildung aufzuweisen hatten, weil sie in der Regel aus der Erfasseraufbahn stammten.

Das Stammpersonal dieser Schule bestand nur aus wenigen Personen, die für das Zustandekommen der Kurse verantwortlich waren, die die Stundenpläne aufstellten und die Kurse leiteten. Für die fachliche Ausbildung wurden ausnahmslos besonders befähigte Auswerter herangezogen, die auf dem einen oder anderen benötigten Gebiet sich überdurchschnittliche Spezialkenntnisse angeeignet hatten. Die Kurse waren im Durchschnitt auf zwei Wochen angesetzt und brachten den Beteiligten stets eine grosse Bereicherung ihrer Kenntnisse. Alle sich auf dieser Schulungsarbeit aufbauenden Pläne konnten durch das baldige Kriegsende nicht mehr in die Praxis umgesetzt werden.

Technische Entwicklungsarbeiten

Nachdem die Betreuung der Technik im Amt anfangs etwas stiefmütterlich behandelt werden musste, machte es sich im Lauf der Zeit immer stärker bemerkbar, wie wichtig gerade für ein rein technisches Nachrichtenamt eine gut organisierte Steuerung auf diesem Gebiet war. So lag es auf der Hand, dass anlässlich der grossen Umorganisation im Frühjahr 1941 eine eigene Hauptabteilung für alle technischen Belange geschaffen wurde, der die Abteilungen 14 und 15 angehörten.

Während sich die Abteilung 14 ausschliesslich mit technischen Neuerungen und Weiterentwicklungen bereits im Betrieb befindlicher Geräte beschäftigte, betreute die Abt. 15 sämtliche im Amt und in den Forschungsstellen beschäftigten Techniker, Fernschreiber, Telefonistinnen, Kraftfahrer etc., also das gesamte technische Personal. Sie war verantwortlich für das reibungslose Arbeiten aller technischen Anlagen, angefangen von der Hausrohrpost bis zu den elektrischen Sicherungsrichtungen. Von dieser Abteilung aus wurde das technische Personal, das für besondere Aufgaben karafriertig an bestimmte Forschungsstellen kommandiert wurde, gesteuert, und von hier aus erfolgte die wegen der beschränkten Personalszahl oft sehr schwierige Zuteilung von Urlaubsvertretungen von technischen Spezialisten. - Die technische Verwaltung und das immense Lager, in dem alles zu finden war von der kleinsten Spezialschraube für einen Siemens-Scheinfernschreiber bis zu kompletten Einrichtungen für Funk- und Fernsprecherfassungswagen, unterstanden allerdings dem Hauptabteilungsleiter unmittelbar.

Sehr erfolgreich und in ihrer weiteren Entwicklung noch viel erfolgversprechender war die Tätigkeit der mit etwa 80 - 90 Mann Personal arbeitenden Abt. 14. Neben einer eigenen Versuchsstelle in Glienicke b/Berlin, der ehemaligen B-Stelle beherbergte auch die Schillerstrasse eine Reihe von Werkstätten und Laboratorien auf dem Gebiet der Stark- und Schwachstromtechnik. So gab es dort z.B. eine Versuchsanlage für die Fernsprecherbeobachtung, in der alle Erfahrungen verwertet wurden, die sich aus der praktischen Arbeit

ergeben hatten. Abbrüche in neuer für den Erfasser bequemer Form, Erfassungseräte und Stahlton-Maschinen in Tornisterform für bewegliche Einsätze, die den Vorzug hatten, dass sie nicht direkt in die Leitung geschaltet zu werden brauchten, sondern mit Induktionsstrom arbeiteten, und technische Vervollkommnungen anderer Art wurden entwickelt und bis zum fertigen Modell gebaut. All diese Neuerungen mussten jedoch lt. Vorschrift der Reichspost zur Verfügung gestellt werden, die ja zuständig für die Herstellung der Erfassungseräte war. Lediglich während des Krieges, als das Forschungsamt auf Grund seiner Tarnbezeichnung RHM rüstungstechnisch in einer höheren Dringlichkeitsstufe rangierte und leichter Material bekommen konnte als die Post, durften selbst entwickelte Geräte auch in eigener Regie über das Heereswaffenamt gebaut und verwandt werden.

Das Amt hat sich - dies sei bei dieser Gelegenheit betont - in jedem Fall streng an den ihm für seine Arbeit gesteckten Rahmen gehalten, schon allein aus dem Grund, um nicht als übergeordnetes Nachrichtenamt mit irgendeiner anderen Stelle oder Behörde in Kompetenzstreitigkeiten zu kommen, aus denen diese wiederum Schritte gegen die Selbstständigkeit des Amtes herleiten konnten. Wie wenig sich aber die Gegenseite an ihre Verpflichtungen hielt, zeigt das Beispiel der Verwendung der vom Amt konstruierten Fernsprecherfassungs-Tornister durch andere Stellen.

Nach der Fertigstellung dieser Geräte nämlich wurde die Firma Siemens über das Heereswaffenamt - die Post war damals schon ausgeschaltet - mit dem Bau einer Serie beauftragt. Das Amt bekam aber bei der Lieferung vom Heereswaffenamt nicht einmal die Hälfte aller in Auftrag gegebenen Apparate zugeteilt, weil die anderen für eigene Zwecke des OKW Verwendung finden sollten. Als das Amt später für neue Einsätze weitere Geräte benötigte, Siemens aber inzwischen noch keine zweite Serie hatte herstellen können, wandte sich der Leiter der Hauptabteilung XVI an das Heereswaffenamt mit der Bitte um Überlassung einer Reihe weiterer Geräte aus der ersten Serie. Dort erfuhr er auf mehrmalige dringende Nachfragen, es seien keine Apparate mehr vorhan-

den, aber das technische Amt des RSHA unter Schellenberg, dem sie geliefert worden seien, werde ihm vielleicht helfen können. Sehr vorsichtige Rückfragen bei dieser Stelle ergaben sodann, dass die Geräte von der Geheimen Staatspolizei verwendet wurden, und zwar zu Erfassungszwecken, bei denen weder die Post beteiligt war, noch das Forschungsamt entsprechende Nachricht erhalten hatte. Als Begründung wurde das alte so oft verwendete Argument benutzt, es handele sich um eilige Aufträge, deren Behandlung durch die Zwischenarbeit des Forschungsamtes zu stark gehemmt worden wäre. Lange Verhandlungen waren schliesslich nötig, um das Amt wenigstens in den Besitz einiger der Geräte kommen zu lassen, an denen es eigentlich alleiniges Eigentumsrecht hatte.

Unabhängiger und leichter gestaltete sich die Entwicklungsarbeit auf dem Funkgebiet, da hierfür keine einschränkende Bestimmung bestand und in den B-Stellen auch eigene oder gekaufte Geräte eingesetzt werden durften. Wiedermal angeregt durch die praktische Arbeit der Funkerfassungstellen wurden in Cilenicke die vielseitigsten Versuche mit z.T. ganz ausgezeichneten Ergebnissen durchgeführt. Wie nachteilig sich - allein vom finanziellen Standpunkt aus - ein technischer Konkurrenzkampf, wie er vor allem vom OKW aufgezogen wurde, bemerkbar machen musste, liegt auf der Hand. So wurde z.B. gleichzeitig von beiden Stellen unter sehr viel Kosten- und Zeitaufwand an der Entwicklung eines Gerätes gearbeitet, das einen Empfang der von den Engländern für Informationszwecke im Mehrkanalsystem gegebenen Funkprüche gewährleisten sollte. Es handelte sich hierbei um ein rein technisches Verschlüsselungsverfahren, bei dem auf gleicher Frequenz gleichzeitig zwei Telegramme gesandt wurden. (Sowjetrussland baute übrigens später im innerrussischen Funkverkehr dieses Verfahren so weit aus, dass gleichzeitig bis zu 10 Kanäle auf gleicher Frequenz verwendet wurden.) Während die Arbeit des OKW auf diesem Gebiet ohne rechten Erfolg blieb, gelang dem Forschungsamt die Entwicklung eines einwandfrei arbeitenden Empfängers.

Auch auf einem anderen Gebiet des Funks konnte das Amt dem Heereswaffenamt ein Gerät zur Verfügung stellen, und zwar

einen bestimmten Funkhorechsempfänger, der vor der Serienherstellung von der Marine ausprobiert und für geeignet befunden worden war.

Als Aufschreibegerät für die Aufnahme von Maschinensendern wurden allgemein Recorder benutzt, die in der Lage waren, Sendungen mit etwa 200 - 250 Worten in der Minute empfangen zu können. Als die Sowjetunion nun während der letzten Kriegsjahre plötzlich Sender herausbrachte, die bis zu 500 Worte pro Minute - das sind ca. 30 000 Zeichen - senden konnten, setzte eine fieberhafte Arbeit aller erfassungstechnischen Organisationen ein, Recorder zu konstruieren, die diesen Ansprüchen gewachsen waren. Der Versuchsstelle des Forschungsamtes gelang es schliesslich, die gebräuchlichen Apparate so weit zu verbessern, dass sie auch unter den neuen Bedingungen mit Erfolg verwandt werden konnten. - Interessant ist in diesem Zusammenhang vielleicht die Feststellung, die der Leiter der Hauptabteilung VI während der letzten Wochen in Murwik bei der Zusammenarbeit mit der Kriegsmarine machte, dass nämlich das Arbeiten mit Recordern dort nicht bekannt war. Auch die Marinefunker waren nicht in der Lage, mit Recordern aufgezeichnete Morsezeichen zu lesen.

Ein grosser Teil der wertvollen Maschinen wurde leider schon beim Brand des Amtes in Berlin vernichtet. Der Rest und der grösste Teil aller Neuerungen, die später noch geschaffen werden konnten, blieben in Berlin und sind wahrscheinlich ebenso wie die wenigen, die die Nordgruppe mit sich geführt hatte, den Siegermächten in die Hände gefallen, soweit sie nicht mehr zerstört werden konnten.

Spezialaufträge

Im Laufe der Jahre wurden dem Amt verschiedentlich Aufgaben gestellt, die über den Rahmen der regulären Arbeit hinausgingen, sich aber stets auf das Gebiet der technischen Nachrichtenerfassung beschränkten. Sie seien im folgenden kurz skizziert, um die Vielseitigkeit der Einsatzmöglichkeiten des Forschungsamtes aufzuzeigen.

Als im Jahre 1935 der damalige Sonderbotschafter Hitlers, Ribbentrop, die Flottenverhandlungen in London leitete, forderte er einige Angehörige der Entzifferungsabteilung des Forschungsamtes an, die die Aufgabe hatten, den Nachrichtenverkehr mit dem Reich so weit als möglich zu verschlüsseln. Wie gut die Aufgabe gelöst wurde, zeigt die Tatsache, dass in den entsprechenden Räumen der Deutschen Botschaft in diesen Tagen ein Einbruchversuch gemacht wurde, offenbar mit dem Ziel, entweder Kenntnis von dem verwendeten Code oder wenigstens von den bereits vorliegenden Funksprüchen zu bekommen.

Anfang des Jahres 1938 stellte die Abwehr das Forschungsamt vor eine neuartige Aufgabe, die allerdings nur zu einem kleinen Teil gelöst werden konnte. Sie forderte die Einrichtung einer Fernsprechbeobachtung in dem an der tschechischen Grenze gelegenen Mittelwalde im Glazer Bergland. In dem auf der anderen Seite der Grenze gelegenen tschechischen Postamt lief die nach Mittelwalde führende Fernleitung parallel mit den längs der Grenze laufenden tschechischen Ortsleitungen, so dass die Möglichkeit bestand, durch Induktion die dort geführten Gespräche mitzuhören. Da die Tschechen in diesem Gebiet umfangreiche Befestigungsarbeiten durchführten, hoffte die Abwehr, auf diesem Wege Näheres hierüber erfahren zu können. Leider entsprachen die Ergebnisse nicht den Erwartungen, vor allem da nur unter ganz bestimmten atmosphärischen Voraussetzungen mit Ergebnissen gerechnet werden konnte.

Für die Dauer des Polenfeldzuges hatte das OKW einige bewegliche Forschungsstellen A nicht hinter der vorrückenden Front

eingesetzt, die zwar im allgemeinen Fühlung mit den örtlichen Befehlsstellen halten konnten, praktisch aber nur selten und dann ohne greifbare Erfolge in Aktion treten konnten.

In den ersten Kriegsjahren forderte der Generalstab der Luftwaffe einen Fernsprech-Erfassungswagen des Amtes an, der die Aufgabe hatte, die dort zusammenlaufenden Wehrmacht-Verbindungen zu überwachen. Die Ergebnisse dieser Arbeit wurden aber unausgewertet sofort dem Auftraggeber zugestellt, der sie verwandte, ohne dem Amt weitere Informationen zukommen zu lassen.

Nachdem durch genaueste Überwachung des Funkverkehrs der französischen Widerstandsbewegung festgestellt werden konnte, mit welchen Codeseichen der Tag X für die alliierte Invasion in Frankreich angekündigt werden sollte, wurde ein bis ins kleinste ausgearbeiteter Plan aufgestellt mit dem Ziel, dem Führerhauptquartier auf dem schnellsten Wege die entsprechende Nachricht zukommen zu lassen. Die Übermittlung des betreffenden Stichwortes war dann tatsächlich auch innerhalb weniger Minuten möglich.

Zusammenarbeit mit den Abnehmern des FA-Materials

Die Intensität der Verbindungen zu den einzelnen mit Material belieferten Stellen war recht unterschiedlich. Während die einen den Wert der FA-Nachrichten voll anerkannten und bestrebt waren, durch einen engen Kontakt die Zusammenarbeit so fruchtbar wie möglich zu gestalten, nahmen andere die gelieferten Meldungen entweder nur kommentarlos entgegen, oder sie versuchten sogar dem Amt in seiner Arbeit Schwierigkeiten zu bereiten. Die Gründe für diese ablehnende Haltung mögen in dem einen oder anderen Fall sachlicher Art gewesen sein, wenn nämlich das Material nicht den gestellten Erwartungen entsprach; zum größten Teil jedoch lagen sie in Konkurrenz- und Ressortfragen.

Über Hitlers Einstellung zur FA-Arbeit liegen nur wenige persönliche Äußerungen vor, er wurde bis auf die Wochen der Münchener Verhandlungen mit Chamberlain und Daladier auch nur selten direkt beliefert. Sehr positiv war jedoch seine Haltung keineswegs, denn zu keiner Zeit hat er das Amt in irgendeiner Form zu fördern versucht. Zum Teil wurde ihm eine ausgesprochene nachrichtenfeindliche Einstellung zugesprochen, aber es kann sich bei dieser Ablehnung auch um persönlich gegen das Amt gerichtete Motive gehandelt haben. Wie gewissen Äußerungen seines persönlichen Adjutanten Schaub zu entnehmen war, sah Hitler zwar die Notwendigkeit der Ressort-Ungeborgenheit des Amtes ein, es störte ihn aber trotzdem, dass es nicht in seinen Partei-Apparat einzuspannen war. Die gleiche Haltung war übrigens auch später bei Bormann zu bemerken, der das Amt darüberhinaus grundsätzlich abzulehnen versuchte, weil er es als ein Instrument Görings ansah. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass wohl kaum ein anderer Abnehmer des FA-Materials so wenig auf die Ergebnisse eingegangen ist wie Hitler, der sie sogar zu gewissen Zeiten rundweg ablehnte. So erklärte Schaub z.B. während der Polenkrise, als den FA-Meldungen immer wieder zu entnehmen war, dass eine weitere Forcierung der deutschen Außenpolitik ein Eingreifen der Westmächte nach sich ziehen würde, Hitler lehne das "pessimistische Material

des Forschungsamtes" ab, weil es ihn in seinen Intuitionen störe. Er wünsche keine Meldungen, die ihn von einer bereits gefassten Meinung abbringen könnten.

Die Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt war im allgemeinen gut. Der Leiter der dortigen Verbindungsstelle hatte keine Schwierigkeiten beim Absatz seiner Meldungen, die er persönlich jedem verpflichteten Beamten übergab; im Gegenteil, er bekam weitgehend Informationen und Ergänzungen zu den Meldungen, die er den jeweiligen Sachbearbeitern im Forschungsamt weitergeben und dadurch die Arbeit fruchtbarer gestalten konnte. Bis zum Kriegsausbruch hatte er sogar die Genehmigung, in den gesamten Telegrammverkehr der Missionen Einsicht zu nehmen, ohne allerdings jemals über eigene Pläne und Vorhaben des AA in Kenntnis gesetzt zu werden. Im Gegenteil wurde das Forschungsamt bewußt über alle eigenen bevorstehenden politischen Aktionen stets im Dunkeln gelassen. Als dem Forschungsamt bei Kriegsausbruch bestimmte sehr weitreichende Forderungen in Zusammenhang mit der Rundfunkerfassung gestellt wurden, konnte diesen aus technischen und personellen Gründen nicht entsprochen werden. Die Folge war die Schaffung einer eigenen Rundfunk-Überwachungsstelle im AA, des sogenannten Seehaus-Dienstes, der nicht nur das AA selbst belieferte, sondern auch andere interessierte Stellen, wie vor allem das BMVP. Von verschiedenen Seiten wurde dem Forschungsamt allerdings immer wieder bestätigt, dass seine Rundfunkergebnisse denen von Seehaus vorgezogen würden, weil sie aktueller und vollständiger seien. Mit der Enttarnungsstelle des AA bestand durch Austausch photokopierter Rohmaterials ein enger Kontakt, der im Rahmen des Möglichen recht gewinnbringend war.

So vorteilhaft sich diese positive Grundhaltung der Sachgebietebearbeiter des AA zum Forschungsamt auswirkte, so ausgesprochen hemmend musste die Einstellung des Außenministers angesehen werden. Er war einer der schärfsten Gegner des Amtes und gab dem im Lauf der Zeit auch immer wieder Ausdruck. Am

unangenehmsten war ihm wohl die Tatsache, dass Hitler FA-Meldungen bekommen konnte, die er selbst nicht sah und nicht kommentieren konnte. So verlangte er wiederholt von Göring, dass alle aussenpolitischen Meldungen, die Hitler zugeordnet waren, vorher ihm zugeleitet werden sollten, allerdings stets ohne Erfolg. Darüberhinaus störte es sein Selbstgefühl, dass die Entzifferungsstelle des Forschungsamtes in vielen Fällen besser und schneller arbeitete als die des AA, und dass grundsätzlich alle von ihm gestellten Privataufträge abgelehnt werden mussten. In völlig unkorrekter Form ging er in der Behandlung des FA-Materials so weit, die Braunen Blätter auf weiss umschreiben und mit dem Urheberstempel des AA versehen zu lassen. Im übrigen bereitete er dem Amt Schwierigkeiten über Schwierigkeiten und sabotierte seine Arbeit, soweit es in seiner Macht stand, auch wenn es teilweise gegen das Staatsinteresse ging. Einige Beispiele mögen diese Haltung illustrieren.

Wie bereits ausgeführt, war eine der Hauptforderungen bei Gründung des Forschungsamtes gewesen, den gesamten Nachrichtenapparat des Reiches zusammenzufassen und ein Reichsnachrichtentamt zu schaffen. Nachdem die entsprechenden Verhandlungen mit dem damaligen Reichsaussenminister Freiherr von Neurath sehr positiv verliefen, und die Übernahme der betreffenden Stellen des AA, also vor allem die Chiffrierabteilung durch das Forschungsamt bereits paraphiert war, kam unglücklicherweise der Wechsel im Posten des Reichsaussenministers. Ribbentrop machte alle auf diesem Gebiet erzielten Einigungen rückgängig und liess sich auch später auf keinerlei Diskussionen über dieses Thema mehr ein.

Anlässlich eines Besuchs des Amtes durch Staatssekretär Weizsäcker wurde ihm anhand von Unterlagen der technischen Abteilung gezeigt, dass es dem Amt möglich war, den technisch verschlüsselten Funkverkehr Ribbentrops mit Japan zu entziffern, dass also die Geheimhaltung nicht gewährleistet war. Diese Eröffnung erwirkte keinerlei Reaktion. Der Funkverkehr lief in den alten Bahnen weiter.

Noch krasser war die Ablehnung eines Vorschlages des Forschungsamtes in folgendem Fall: Im ersten Weltkrieg war den militärischen Entzifferungsstellen die Lösung der diplomatischen Codes des damaligen AA gelungen, wodurch der Beweis erbracht war, dass sie evtl. auch von den Gegnern mitgelesen werden konnten, was später von dieser Seite aus auch bestätigt wurde. Auf Grund dieser traurigen Vorgänge, die der Amtsleiter aus eigener Erfahrung kannte, schlug er dem Unterstaatssekretär Luther bei einem Besuch im AA vor, den Reichsaussenminister zu veranlassen, seine Codes von einigen der besten Entzifferer des Amtes auf ihre Sicherheit hin nachprüfen zu lassen. Luther, der von diesem Vorschlag sehr eingenommen schien, erklärte einige Tage später, Ribbentrop habe das Angebot mit den Worten abgelehnt: "Das könnte denen vom FA so passen!"

Um trotzdem einen möglichst weitreichenden Sicherheitsfaktor in die gesamte Verschlüsselungstätigkeit des Reiches einzubauen, setzte sich der Amtsleiter mit General Felligiebel und seinem Stabschef General Thiele von der Amtsgruppe Wehrnachrichtenwesen in Verbindung mit dem Vorschlag, OKW, AA und FA sollten eine gemeinsame Kommission zur Prüfung aller Codes und Chiffrierverfahren der drei Partner bilden. Das OKW stimmte sofort zu und versuchte die Zustimmung des AA zu bekommen, aber Ribbentrop lehnte auch diesen Weg rundweg ab.

Erheblich gefährlicher als die Angriffe Ribbentrops waren dem Forschungsamt allerdings die der Geheimen Staatspolizei. Wohl war es auch dort dem Verbindungsstellenleiter gelungen, einen guten persönlichen Kontakt mit den Sachgebietsbearbeitern zu schaffen, aber auf sachlicher Grundlage bekam das Amt keinerlei Förderung von dieser Seite. Bis auf einige wenige Druckschriften und Ausarbeitungen des RSHA, wie den regelmäßig erscheinenden Stimmungsbericht des Amtes III, das Reichskriminalblatt und andere uninteressante und für die FA-Arbeit wertlose Veröffentlichungen, bekam das Amt so gut wie keine positiven Hinweise und Arbeitsunterlagen. Der Grund für diese Zurückhaltung lag klar

auf der Hand, denn seit Gründung des Forschungsamtes hatte die Geheime Staatspolizei versucht, das Amt in ihren Rahmen miteinzubauen. Bereits der erste Chef des Geheimen Staatspolizeiamtes, R. Diels, war an Göring mit der Forderung herangetreten, einer Vereinigung des Forschungsamtes mit dem Gestapo zuzustimmen, und im Laufe der Zeit versuchten Himmler, Heydrich und Kaltenbrunner immer häufiger, durch Vorstöße bei Göring und Hitler die Selbstständigkeit des Amtes zu unterminieren. Die hierfür verwendeten Argumente blieben im grossen und ganzen die gleichen. Einerseits wurde das nicht parteigebundene Amt als politisch unzuverlässig bezeichnet, und andererseits erschien der komplizierte Auftragsweg mit dem Einspruchsrecht Görings für die Exekutive zu langsam. Auch war es besonders Heydrich ein Dorn im Auge, dass sich das Forschungsamt durch nichts von seiner objektiven Berichterstattung abbringen liess und unbeirrt z.B. Auslandsmeldungen mit für die Geheime Staatspolizei abträglichem Inhalt den anderen zuständigen Ressorts zur Kenntnis brachte, dadurch aber eben den Wünschen und Erwartungen der Staatspolizei nicht entsprach. Darüberhinaus wurde es dem Amt stets verübelt, dass es jede Zusammenarbeit mit dem SD ablehnte. Aber nicht nur auf dem Gebiet des inneren Sicherheitswesens versuchte das RSHA, das Forschungsamt auszuschalten, sondern auch im aussenpolitischen Sektor hielt sich der Leiter des Amtes VI, Schellenberg, bereits 1942 für allein zuständig. Das Amt kam anfangs seinen Forderungen nach Belieferung mit dem entsprechenden Material befehlsgemäss entgegen, forderte allerdings gleichzeitig Gegenlieferungen für Informationszwecke. Nach einigen Monaten, vor allem nachdem sich herausstellte, dass Schellenberg seinen Verpflichtungen nicht nachkam, wahrscheinlich auch nicht nachkommen konnte, - seine Gegenlieferungen setzten sich zum Teil aus Abschriften ausländischer Zeitungsmeldungen zusammen - wurde die Belieferung mit aussenpolitischen Meldungen fast ganz eingestellt. Die dauernden Vorstöße des RSHA gegen die Selbstständigkeit des Forschungsamtes führten im Laufe des Krieges zunächst zu dem bereits geschilderten Einbruch in das Fernsprecherfassungs-Monopol des Amtes,

nachdem eine Reihe von Stapo-Stellen bereits illegal eine eigene Fernsprechüberwachung eingeführt hatten.

Um allen von den verschiedensten Seiten gegen das Amt geführten Angriffe zu begegnen, hat der letzte Amtsleiter im Lauf der Jahre dreimal eine Denkschrift an Göring eingereicht, die die Notwendigkeit der Zusammenlegung aller Nachrichtendienste im Forschungsamt als ressortungebundenem Reichsnachrichtendienst unterstrich. Irgendwelche Erfolge hatten sie allerdings nicht, es sei denn, dass die letzte, die während des Krieges verfasst war, vielleicht geholfen hat, den Anstoß dazu zugeben, dass Hitler Ende 1944 den Befehl zur Vereinigung aller Nachrichtendienste unter Himmler gab. Nachdem im Februar dieses Jahres bereits der größte Teil der Abwehr im Zusammenhang mit dem Fall Vermeiren in das RSHA eingegliedert worden war, sollte also jetzt auch das Ende der Selbständigkeit des Forschungsamtes gekommen sein. Die Amtsleitung kam in eine recht schwierige Lage, verstand es aber, durch Verhandlungen mit Kaltenbrunner, der die Gegenstände des Amtes teilweise einzusehen schien, den endgültigen letzten Schritt hinauszuziehen. Im März 1945 kam allerdings dennoch der Befehl, mit Schellenberg über die endgültige Zentralisierung des Nachrichtendienstes die entscheidenden Besprechungen zu führen. Hierzu ist es jedoch nicht mehr gekommen, weil das Kriegsende jede weitere Entwicklung auf diesem Gebiet verhinderte. Ende 1944 waren bereits einige A-Stellen des Forschungsamtes der örtlichen Stapo unterstellt. Die Gründe für die Umorganisation lagen allerdings nicht in einem Nachgeben auf die dauernden entsprechenden Forderungen des RSHA, sondern waren geboren aus der schwierigen Lage, in die manche Stellen durch die Kriegsverhältnisse gekommen waren. Die Verbindung zum Amt war teilweise - vor allem bei den im Ostraum gelegenen Stellen - garnicht oder nur sehr beschränkt noch möglich. Darüberhinaus hatten diese Stellen im Fall einer Überrollung durch die Front keine Transportmittel, um die technische Einrichtung und das Personal retten zu können. Deshalb entschloss sich die Amtsleitung schweren Herzens zu dem Befehl, die auswärtigen A-Stellen der Stapo zu unterstellen,

allerdings mit der ausdrücklichen Einschränkung, dass diese nur kriegsbedingte Maßnahmen bei Friedensschluss sofort rückgängig gemacht werden müsse. Da diese Verfügung aber erst verhältnismässig spät zur Auswirkung kam, und ein Teil der A-Stellen es verstanden hatte, seine Selbständigkeit weiterhin zu wahren, unterstanden bei Kriegsende eine Reihe von A-Stellen bereits der Geheimen Staatspolizei, während andere noch selbständige Stellen des Forschungsamtes geblieben waren. Alles in allem hat das Amt auf jeden Fall in der gesamten Dauer seines Bestehens mit der Geheimen Staatspolizei verglichen mit anderen Behörden am meisten Schwierigkeiten gehabt.

Zu den ersten Abnehmern der Brauen Blätter des Forschungsamtes gehörte das Reichswehrministerium, später OKW. Als die militärisch wichtigen Nachrichten des Amtes Anfang des Krieges an Umfang und Bedeutung immer mehr zunahmen, wurde beim Allgemeinen Wehrmachtsamt (AWA) als dem neutralsten Punkt im OKW eine Verbindungsstelle des Forschungsamtes eingerichtet. Darüberhinaus erwies es sich als notwendig, um der Überwachung der Feindspionage auf dem Funkwege eine bessere Steuerung zukommen lassen zu können, einen besonderen Verbindungsmann der Hauptabteilung III des Forschungsamtes bei der Abwehr einzusetzen. Beliefert wurden neben dem Hauptabnehmer der Abwehr die Inspektion der Nachrichtentruppen, die Antagruppe Wehrmacht-Nachrichtenzwesen, das OKW, das OEW, das RLM, die Generalstabe des Heeres und der Luftwaffe, der Luftwaffenführungstab, der Generalluftzeugmeister, die Attaché-Abteilung des OKW, die Pressestelle beim OKW und schliesslich die führenden Persönlichkeiten selbst wie Keitel, Raeder, Dönitz und Milch. Während zum Teil, wie z.B. mit der Inspektion der Nachrichtentruppen und der Antagruppe Wehrmachtsnachrichtenzwesen ein ausgesprochenes Vertrauensverhältnis bestand, litt die Zusammenarbeit mit der Abwehr zuletzt, weil das Amt den ihm von dieser Seite wiederholt gestellten Forderungen auf Belieferung mit politischen Meldungen befehlsgemäss nicht nachkommen konnte. Allerdings

gingen die entsprechenden Vorstöße von Canaris bei Göring und Körner niemals über einen gewissen sachlichen Rahmen hinaus, so dass man nicht fehlgeht in der Behauptung, dass von Seiten des OKW niemals Schritte unternommen worden sind, die die Existenz oder die Selbständigkeit des Amtes beeinträchtigen sollten.

Wie bereits im Kapitel "Auswertung" zum Ausdruck kam, lag die wohl erfolgreichste Arbeit des Forschungsamtes auf wirtschaftspolitischem Gebiet, und dementsprechend eng und wertvoll war auch die Zusammenarbeit mit den belieferten Wirtschaftsstellen. Neben dem rein sachlichen Vorteil, den die deutsche Wirtschaftsführung durch die Arbeit des Forschungsamtes zu verzeichnen hatte und auch entsprechend anerkannte, hatte sie keinerlei äusserer Konkurrenz- oder Ressortgründe, um dem Amt zu mißtrauen oder seine Hilfe nicht voll auszunutzen. Beliefert wurden durch die Verbindungsstelle im Reichswirtschaftsministerium ausser dieser Behörde die Ministerien für Ernährung, für Verkehr, für die Rüstung, die Reichsbank, das Wehrwirtschaftsamt und eine grosse Zahl von Reichsstellen, deren Einbeziehung in den Abnehmerkreis während des Krieges notwendig wurde, weil sie im allgemeinen über kein anderes Geheimmaterial verfügten als das des Forschungsamtes. Während sich sonst der Kreis der auf das Amt verpflichteten Personen auf einige wenige beschränkte - jeder mit dem FA-Material in Zusammenhang kommende Angehörige auswärtiger Dienststellen vom Minister bis zur Sekretärin wurde gesondert auf die Geheimhaltung verpflichtet - war die Basis im Reichswirtschaftsministerium und den angeschlossenen Reichsstellen sehr breit und ging teilweise bis zum Sachbearbeiter hinunter. Ähnlich wie im AA bekam der Verbindungsstellenleiter sehr viel Einblick in die Arbeitsunterlagen der belieferten Stellen. So konnte er z.T. sogar Abschriften von Originalmeldungen herstellen lassen und darüberhinaus war dem Forschungsamt auch eine Möglichkeit gegeben, zu der allwöchentlichen Wirtschaftspresse-Konferenz im RMVP einen Vertreter zu entsenden. Auf Grund all der bei diesen Gelegenheiten erhaltenen Anregungen konnten der Erfassung bzw. zunächst dem

Ansatz Hinweise auf bestimmte Komplexe gegeben werden, die dann besondere Berücksichtigung fanden und entsprechend gute Ergebnisse zeitigten.

Wenn auch vom RMVP nur wenig Spezialaufträge gestellt worden sind, so war dieses Ministerium doch stets ein dankbarer Abnehmer des FA-Materials. Goebbels selbst zeigte sich zwar zeitweise unzufrieden, weil seine Wünsche nach Belieferung mit Meldungen, die nicht in sein Arbeitsgebiet fielen, nicht erfüllt wurden, und weil auch die Durchführung von privaten Aufträgen abgelehnt wurde, aber sein Mitarbeiterstab hatte im allgemeinen keine Veranlassung sich abfällig über die FA-Arbeit zu äußern. Anfang des Krieges war es auch hier nötig, eine eigene Verbindungsstelle zu schaffen, um das Material reibungslos und so aktuell wie nur möglich absetzen zu können. Dies gelang auch vor allem mit dem Rundfunkmaterial so vollkommen, dass man den FA-Meldungen dort fast stets den Vorzug gegenüber dem Seehaus-Dienst gab. Neben einer regelmäßigen informatorischen Unter- richtung des Verbindungsstellen-Leiters durch die Sachbearbeiter hatte das Amt zur Förderung seiner Arbeit die Möglichkeit, einen Vertreter zu der täglichen Pressiskonferenz des RMVP zu entsen- den. Der hiermit beauftragte Referent, ein Angehöriger der Abtei- lung 13, nahm selbstverständlich nur rein passiv teil, ohne jemals in den Vordergrund zu treten. Das hierbei aufgenommene Protokoll wurde nicht nur den interessierten Stellen im FA über- mittelt, sondern auch das BLM bekam mehrere Exemplare, weil von dieser Seite kein eigener Vertreter entsandt wurde.

Einstellung der Alliierten zum Forschungsamt

Als nach Kriegsende der grösste Teil aller Angehörigen des Forschungsamtes in alliierte Hände fiel, stellte sich bald heraus, dass man dort über die Arbeit und das Wesen dieses Amtes weit besser informiert war, als man dies jemals für möglich gehalten hätte. Die Vernehmungen waren in allen Fällen ausserordentlich korrekt, und in allgemeinen wurde keine Verbindung zur Geheimen Staatspolizei konstruiert. Lediglich die Angehörigen derjenigen A-Stellen, die noch kurz vor Vorentschluss der Stufe unterstellt waren, wurden anfangs zu dieser gerechnet und entsprechend behandelt. Eine diesbezügliche Eingabe des früheren Amtseleiters mit einer eidesstattlichen Versicherung über die wahren Zusammenhänge dieses Bundeslaes führte allerdings bald zur Revision dieser Einstellung. In keinem Fall ist ein Beamter des Forschungsamtes von den Sprachgerichten in die Stufen 1, 2 oder 3 eingestuft worden, und ebensowenig wurde das Kontrollratsgesetz Nr. 52 (Sperr- und Beaufsichtigung des Vermögens) wegen Angehörigkeit zum Forschungsamt in Anwendung gebracht. Höhere britische und amerikanische Beamte sprachen dagegen anlässlich der Vernehmungen in den Internierungslagern verschiedentlich, so z.B. dem früheren Amtseleiter gegenüber, ausserordentlich positiv über das Forschungsamt und lobten u.a. die bis in die letzten Kriegstage tadellose Haltung des Personals.

Die lebende Anerkennung der Arbeit des Amtes durch den britischen Standortkommandanten in Mürwik hat bereits oben Erwähnung gefunden.

Das stets und erfolgreiche Streben des Forschungsamtes nach unbedingter Objektivität in seiner Arbeit und völligen Selbstständigkeit haben also sogar noch bis in die Nachkriegszeit hinein ihre Früchte getragen.

Organisationsplan [Frühjahr 1941]

Amtleiter

- Hauptabteilung I (Organisation, Verwaltung, Beamtenangelegenheiten)
 - Abteilung 1 (Organisation, Sicherheitsfragen, Luftschutz, Personalangelegenheiten der Beamten)
 - Abteilung 2 (Verwaltungsfragen)
- Hauptabteilung II (Angelegenheiten der Angestellten und Arbeiter)
 - Abteilung 3 (Personalangelegenheiten der Angestellten und Arbeiter)
- Hauptabteilung III (Ansatz und Sichtung)
 - Abteilung 4 (Ansatz)
 - Abteilung 5 (Sichtung)
- Hauptabteilung IV (Entzifferung)
 - Abteilung 6 (Wissenschaftliche Abteilung)
 - " 7)
 - " 8) (nach Sprachgebieten aufgeteilte Arbeitsaufgaben)
 - " 9)
- Hauptabteilung V (Auswertung)
 - Abteilung 10 (Auskunftsmittel)
 - " 11 (Aussenpolitik)
 - " 12 (Zirtechartpolitik)
 - " 13 (Innenpolitik)
- Hauptabteilung VI (Angelegenheiten der Technik)
 - Abteilung 14 (für Technische Entwicklung)
 - " 15 (Technischer Betrieb)

Forrechnungsstellen in Berlin, Hamburg, Köln, München, Breslau, Wien

- alle A-Stellen
- " B-Stellen
- die C-Stelle
- alle D-Stellen
- " E-Stellen

A N H A N G

zu ZS 1734 - Ulrich Kittel

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Entwurf

Oberkommando des Heeres
Generalstab des Heeres
Abt. Fd. Heere Ost (III)
Nr. 257 / 43 g.Kdes.

Geheime Kommandojache

H. Qu., den 12. 4. 1943

2 Ausfertigungen

2. Ausfertigung.

Bez. i. Wehrwirtschaftliche Berichte des Forschungsamtes.
Bezugl. ohne.

A W A (Sonderreferat)
z.Hd. von Herrn Rentschler

B e r l i n W 38
Tirpitz-Ufer 72-76
Zimmer 314 e-f (hochpart.)

Die Berichte des Forschungsamtes "Einzelheiten zur wirtschaftlichen und innerorganisatorischen Lage der Sowjetunion" und "Beiträge zur Bewertung der wirtschaftlichen Lage der Sowjetunion" bilden eine sehr wertvolle Ergänzung der übrigen, aus anderen Nachrichtenquellen stammenden Unterlagen auf wehrwirtschaftlichen Gebiet.

Da der überwiegend größte Teil dieses wertvollen Materials aus dem innerrussischen Funkverkehr bisher leider nur aus einem der Wirtschaftsbereiche - dem mittelasiatischen Raum - stammt, erscheint es bei der Wichtigkeit aller wehrwirtschaftlichen Fragen sehr wünschenswert, auch den Funkverkehr der Gebiete an der mittleren Wolga, des Urals und Westsibiriens zu erfassen. Ob sich das technisch und organisatorisch ermöglichen läßt, kann von hier aus natürlich nicht beurteilt werden.

Was die Auswertung der Einzelnachrichten und die Beurteilung der wehrwirtschaftlichen Lage der Sowjetunion anbelangt, so ist die angeführte Aufnahme des Forschungsamtes mit dem Wehrwirtschaftsstab / Ausland des OKW sehr zu begrüßen, da letzterer die Möglichkeit der Überprüfung und des Vergleichs mit anderen Unterlagen hat. Außerdem wird dadurch einerseits vermieden, daß die naturgemäß für die Sowjetunion nur negativen Charakter tragenden Nachrichten des Funkverkehrs eine Verallgemeinerung finden, wovon ja auch in den Berichten des Forschungsamtes wiederholt besonders gewarnt wurde, und andererseits eine übereinstimmende Beurteilung der wehrwirtschaftlichen Gesamtlage der Sowjetunion gewährleistet.

I. A.

Statement eines ehem. Angehörigen vom OKW/Chi (1950)

"Forschungsamt".

Im April 1934 forderten die hierunter aufgeführten Angehörigen der damaligen "Chiffrierstelle RWM" (auch als "Abw II" bezeichnet) unter Berufung auf einen "geheimen Sonderauftrag des preuss. Ministerpräsidenten Hermann Goering" ihre sofortige Entlassung:

Kapitänleutnant	SCHIMPF	V.O. d. Marine u. stellv. Leiter Chi
Hauptmann	SEIFERT, Walter	Auswerteleiter
Ang. (Major a.D.)	SCHROEDER, Georg	Entzifferungsanalytiker
" (Hptm. a.D.)	SCHAPPER	Referent f. Technik
" (Lt. a.D.)	BOETGER	franz. Entzifferer
" (Lt.z.S.a.D.)	Führ.v. REZNICEK	
"	Emil	ital. "
"	WAECHTER, Karl	engl. "
"	WENZEL	poln. "
"	Frh. GLASSER	engl. Statistikerin

Nach eigenen Aussagen des Ang. Schapper hatten sie bereits einige Jahre vorher eine NS-Zelle innerhalb von Chi gebildet. Schapper hatte ueber den Staatssekretaer Koerner Fuchlung mit Goering aufgenommen und war von diesem beauftragt worden, mit moeglichst viel Fachkraefte aus der Abw ein eigenes "Nachrichtenant fuer den preuss. Ministerpraesidenten" zu formieren.

Der damalige Leiter Chi, Hauptmann Dipl. Ing. Oschmann (als Div. Kdr. gefallen 1944) meldete den Vorfall sofort dem Chef des Wehrmachtsamtes, General v. Reichenau, der aber seinerseits mit der Begrueung die Sache laufen liess "Wegen so ein paar Abtruenziger wollen wir uns doch mit den neuen Machthabern nicht

festziehen; wenn Chi was kann, wirds auch ohne die Leute gehen, die sowieso nicht mehr mit ihren Herzer Soldaten sind".

Mit dem gesamten Inhalt ihrer Panzerschranke, mit Arbeitsunterlagen, Archiv- und Karteimaterial, Statistiken usw. gingen die Obengenannten von einem Tag zum anderen aus dem RHM fort und etablierten sich zunächst in einem früheren Bankgebäude in der Behrenstrasse. Um die Jahreswende 34/35 bezogen sie den aus mehreren sofort aufgekauften und von ihren Bewohnern geraumten Mietshäusern zusammengestellten riesigen Block am Anfang der Schillerstrasse in Charlottenburg, unweit vom Knie, den sog. "Schillerblock".

Das Amt bekam die Tarnbezeichnung "Forschungsamt des Reichsluftfahrt-Ministeriums", alle seine Angehörigen trugen die Uniform der SS als Angehörige eines eigens zu diesem Zweck gebildeten Stababteiles (Nachr.) d.SS.

Die von Chi stammenden Ueberläufer wurden sofort beamtet:

SCHIMPF -	Ministerialrat und Amtsleiter
SCHAPPER -	Oberregierungsrat und stellv. Amtsleiter
SEIFERT -	" " " Leiter der Erfassung
SCHROEDER -	" " " Leiter der Entzifferung
Fhr.v. RECZNICEK -	Regierungsrat u. Leiter d. it. Entz. Ref. (gest. 3)
WACHTER -	" " " d. engl. Entz. Ref.
WENZEL -	" " " "poln. " "
Frl. GLAESER -	Leitende Angestellte i. d. engl. Statistik

Boettger wurde Regierungsrat und Verbindungsbeamter zum "Buero Ribbentrop".

Die also Befoerderten wurden in kurzen Zeitspannen natuerlich weiter befoerdert: Oberregierungs- und Reg. Räte wurden Ministe-

rialraete, zum Teil Ministerialdirigenten und Ministerialdirektoren.

Nach einem angeblichen "Fuehrerauftrag", von dem nur immer gesprochen wurde, auch seitens Goering, war das Forschungsamt autorisiert als "einzige staatliche Stelle, die Nachrichtenaufklaerung mit technischen Mitteln auf allen Sektoren" betreiben durfte. In kuerzester Frist stellte sich eine bis zur absoluten Feindschaft gehende Einstellung gegen die Wehrmacht, insbesondere die Abw und die Heeresleitung, heraus, die die Einheit der Fuehrung planmaessig sabotierte und hintertrieb. Dass die "Deserteure" aus purem Egoismus, nur um der persoenlichen Vorteile willen von Chi fortgegangen waren, nahm bei der charakterlichen Minderqualitaet nicht besonders wunder.

Sie betrieben folgende Zweige der technischen Nachrichtenaufklaerung:

- 1.) H./Dienst (Funkaufklaerung) mit Aussenstellen auf allen Sektoren: Diplom., Mil., Wirtsch. usw.
- 2.) Fernsprecheueberwachung, zunaechst Berlin (2000 Anschluesse), spaeter auch in Kuenchen, Koeln, Koenigsberg, Hamburg u. a. C.
- 3.) Intern. Rundfunkerfassung und -auswertung.
- 4.) Presse- und Propagandauswertung.
- 5.) Entzifferung fremder Geheimschriften in allen Sprachen und auf allen Sektoren, vornehmlich dem diplomatischen. Ergebnisse wurden niemals "wortgetreu" herausgebracht, sondern es wurden nur "Inhaltsangaben" geliefert.

Hiermit war der Ehrgeiz der Schimpf/Schapper noch nicht befriedigt:
Bereits im Herbst 34 wurde auch aktiver, personeller W.D. betrieben, ab Fuehjahr 35 auch im Ausland. Hierdurch schwerste Stoe-
rungen der Canaris-Kreise. Als in Frankreich mehrere Agenten des F.A. hoppgingen, andere, vom Abw eingesetzte schwer gefaehrdet wurden, verstand Admiral C. dies zunaechst zu unterbinden. Spa-

ter nahm das P.A. aber diesen Dienstzweig wieder auf.

Besonders uebel wirkte sich die Fernsprecheuberwachung aus. Schimpf bruestete sich im Januar 35 dem Admiral O. gegenueber (Zeuge: der damalige Leiter Chi), "er in erster Linie habe die Schleicher, Bredow, usw. ans Messer geliefert; Papan kaeme beim naechsten Mal dran. Ob Adm. Canaris sich nicht einmal die abgencoerten belastenden Gespraechе auf dem Magnatophonwiedergabeapparat anhoren wollte?" C. verzichtete dankend, -

Dass General v. Reichenau (vermutlich unter vielen anderen hoeheren Offizieren der Wehrmacht) durch das P.A. ueberwacht worden ist, ging aus der Tatsache hervor, die schliesslich zum Selbstmord des Schimpf, April 35, fuehrte:

Reichenau wurde in der grossen Kartei des P.A. unter "politisch Unzuverlaessigen gefuehrt". R. selbst stellte das Vorhandensein seines Karteiblattes bei einer Besichtigung des Intes fest und meldete die Sache sogleich Hitler.

Schimpf endete mit seiner Geliebten, einem Frä. Branneisen, Stenotypistin bei Chi, durch Selbstmord im Hotel 4 Jahreszeiten in Breslau. Weitere Gruende fuer sein unruemliches Ende: Vielfacher Betrug seiner Frau, die 4 Kinder von ihm hatte, ferner fast 1 Million "unabrechenbarer Gelder, die beim Aufkauf des Schillerblocks unauffindbar verschleudert waren."